



**Demokratie
geschichten**

bloggen

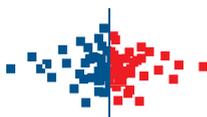
Annalena Baasch, Michael Parak, Dennis Riffel (Hrsg.)

Eine Publikation von
Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.

Gefördert durch



Die Beauftragte der Bundesregierung
für Kultur und Medien



Gegen Vergessen
Für Demokratie e.V.

© 2020 **Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.**

Eine Publikation von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

Stauffenbergstraße 13-14

10785 Berlin

info@gegen-vergessen.de

www.gegen-vergessen.de

Layout: Kerstin John – Kommunikationsdesign, Berlin

Lektorat: Ines Eifler, Görlitz

Druck: addprint AG, Bannewitz/Possendorf

ISBN: 978-3-9820589-7-9



**Demokratie
geschichten**
bloggen

Eine Publikation von
Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

Einleitung	06
Demokratie erkämpfen	10
● Der Hessische Landbote	13
● Hedwig Dohm – eine Vorkämpferin der Demokratie	16
● 22. Februar 1840: Geburtstag von August Bebel	19
● Eine kurze Episode deutscher Demokratie – Kurt Eisner und die Münchener Räterepublik	21
● Ist der 17. Juni 1953 männlich?	25
● Schwerter zu Pflugscharen – 19. November 1980: Ende der ersten Friedensdekade	30
Demokratie etablieren	34
● Baden first	37
● Marie Juchacz über die Selbstverständlichkeit	39
● Mit Orgel und Volkslied zum Grundgesetz	42
● 18. März 1990: Erste freie Wahl in der DDR	46
● Kreuzberger Willkommenskultur 1989	49
● Kinderkonferenz: Demokratie in Kinderschuhen	52
● Uta Leichsenring – Demokratie in Ostdeutschland nach 1989 etablieren	55
Demokratie gestalten, leben und weiterentwickeln	59
● „Wissen muss, soll es sich mehren, teilbar sein.“	62
● Mächtig was los. Lore Maria Peschel-Gutzeit	66
● Notstandsgesetze und APO	70
● Der junge Kampf fürs Klima	74
Demokratie verteidigen und verlieren	76
● Flaggenkampf in der Weimarer Republik	79
● „Dieser Feind steht rechts!“ – Die Ermordung von Walther Rathenau	83
● Ein Leben für Freiheit und Gerechtigkeit – die Widerstandskämpferin Tony Sender	86
● Ernst Reuter: „Schaut auf diese Stadt!“	90
Literaturhinweise	95
Autor*innen	101



Einleitung

Warum Demokratiegeschichte bloggen?

Die einfachste Antwort darauf wäre die Gegenfrage: Warum nicht? Blogs gibt es zu so vielen Themen, in so vielen Formaten. Doch als wir 2018 unsere Recherche begannen, wurden wir überrascht. Es gab kaum Blogs, die Demokratiegeschichte zum Thema hatten – zumindest nicht im deutschsprachigen Raum.

Das ist eigentlich überraschend. Denn Demokratiegeschichte, stellten wir schnell fest, hat so viel zu bieten. So viele interessante Persönlichkeiten, Ereignisse, Ideen und Visionen – und das über mittlerweile mehr als 200 Jahre verteilt. Fast scheint es unmöglich, von der Demokratiegeschichte zu reden. Schließlich gibt es so viel, was zu erzählen wäre.

Aus diesen Überlegungen entstand der Name unseres Blogs: Demokratiegeschichten. Demokratiegeschichten, weil es eben nicht die eine Demokratiegeschichte gibt. Sondern viele Geschichten, von unterschiedlichen Leuten zu unterschiedlichen Zeiten erzählt. Multiperspektivität würde man im Fachjargon sagen.

Und das ist doch gar nicht so schlecht, oder? Ist es nicht schöner, viele kleine Geschichten zu haben, eher Häppchen als die eine Meistergeschichte?

In dem Blog Demokratiegeschichten ist eine große Vielfalt von Artikeln veröffentlicht. Wir sind nicht auf ein Thema festgelegt. Inhalt unserer Demokratiegeschichten sind weniger Kanzler*innen und Gesetze (die kommen natürlich auch vor) als die vermeintlich kleinen Geschichten, die man erst einmal finden muss. Das kann zum Beispiel die Geschichte aus einem kleinen Dorf in der Uckermark sein, wo eine einzelne Frau für einen Düngeschutzstreifen um den See demonstriert. Oder die Erzählung, wie man 1989 zusammen das Martinsfest feierte und am nächsten Morgen zur Grenzöffnung fuhr.

Sie merken, unsere Definition von Demokratiegeschichte ist weit. Nicht alles, was wir erzählen, schreit im ersten Moment „Demokratie“. Mitunter streiten wir auch darüber, ob ein Thema zur Demokratiegeschichte gehört oder nicht. Deshalb sind wir froh, dass wir nicht alleine schreiben. Denn das Format Blog ermöglicht es, dass sich mehr Menschen beteiligen: Durch Gastbeiträge, Kommentare zum Beispiel. Wer online ist, kann mitmachen und mitgestalten. Methode und Inhalt ergänzen sich.

Durch die verschiedenen Stimmen haben wir auch unterschiedliche Meinungen und Perspektiven sowie verschiedene Schwerpunkte: Jede*r bringt ein, was ihr oder ihm wichtig ist.

Die Sprache, die wir im Blog benutzen, ist einfacher als die normalerweise in Fachpublikationen verwendete. Das bedeutet nicht, dass wir unwissenschaftlich sind; es bedeutet, dass auch Menschen unsere Demokratiegeschichten lesen können, die im Lesen von Fachbüchern vielleicht ungeübt sind. Auch die Gestaltungsfreiheit ist groß; jede*r von uns erzählt Geschichte(n) in einem anderen Stil.

Ebenso sind wir in der Form freier: Lange Artikel wechseln sich mit kurzen ab. Mal steht ein Zitat für sich („Demokratiezitate“), mal stellen wir eine Biografie ausführlich vor („Demokrat*in des Monats“), dann steht wieder ein Ereignis im Fokus („Heute vor ...“). Die unterschiedlichen Rubriken bringen Abwechslung in die Demokratiegeschichten, aber ermöglichen es auch, Leser*innen gezielt nach dem suchen zu lassen, was sie am meisten interessiert.

Das Schöne am Blogschreiben ist, dass sich immer wieder neue Themen finden und man sich in immer neue Dinge einlesen kann. Ab und zu lesen wir in alte Artikel rein und freuen uns, was wir schon alles zusammengetragen haben.

Mittlerweile sind das über 200 Demokratiegeschichten in unserem Blog. Wenn wir in dem Tempo weiterschreiben wie bisher, werden wir im nächsten Jahr 300 oder mehr Geschichten haben.

Noch einen Vorteil hat der Blog gegenüber seinen papiernen Verwandten: Wir können schneller auf Aktuelles reagieren. Eine Nachricht erweckt unser Interesse? Jemand berichtet uns von einer neuen Ausstellung? Gestern lief eine spannende Dokumentation im Fernsehen? Wenn wir wollen – und fleißig sind und die Zeit haben – steht noch am selben Tag eine neue Demokratiegeschichte online.

Ein Beispiel: Zu Beginn des Lockdowns im Frühjahr 2020 überlegten wir uns, wie wir mit der ungewohnten Situation umgehen könnten. Und ob es nicht auch in der Geschichte Anknüpfungspunkte dafür gibt, was wir und unsere Gesellschaft gerade erlebten. Aus diesen Überlegungen entstand die Reihe „Mensch und Krise“. Es war nicht unsere erste Reihe, aber vielleicht die am stärksten von der aktuellen Situation beeinflusste.

Dass wir aktuell sind, merken wir auch daran, dass sich immer wieder Kommentare unter unseren Geschichten finden. Egal ob Zustimmung, Widerspruch oder das Einbringen eigener Erlebnisse: Wir sind froh, durch die Kommentarfunktion eine Rückmeldung und neue Anregungen von unseren Leser*innen zu bekommen.

Damit ist aus unserer Sicht die Frage, warum man Demokratiegeschichte bloggen sollte, hinreichend beantwortet.

Bleibt noch eine Anmerkung zu dieser Publikation zu machen: Unsere Leser*innen werden feststellen, dass wir nicht wie in unserem Blog in Rubriken, sondern in Kapiteln arbeiten. Demokratie erkämpfen, Demokratie etablieren, Demokratie gestalten, leben und weiterentwickeln sowie Demokratie verteidigen und verlieren sind die vier inhaltlichen Schwerpunkte, die wir gesetzt haben. Die Einteilung in diese Kapitel hat es uns ermöglicht, verschiedene Beiträge der vergangenen Jahre zusammenzustellen.

Wir wünschen Ihnen viel Spaß beim Lesen! Und wenn Sie wollen, schauen Sie doch mal auf www.demokratiegeschichten.de vorbei!



**Demokratie
erkämpfen**

Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit. Eine heute 80-Jährige aus Neu-Brandenburg hat politisch viel erlebt: den NS-Staat, die Sowjetische Besatzungszone und die DDR. Erst seit 1990 lebt sie in einem politischen System, das Freiheit und Grundrechte garantiert.

Demokratie ist kein Naturgesetz. 1816 lebte ein Prozent der Weltbevölkerung in einer Demokratie, 1900 ein Fünftel. 1950 waren es schon zwei Fünftel, 2015 bereits 56 Prozent der Weltbevölkerung in 103 demokratisch verfassten Staaten. Mit weiteren 17 Ländern, die eher demokratisch als autokratisch zu bezeichnen sind, leben heute zwei Drittel der Weltbevölkerung in freien oder eher freien Gesellschaften.¹

Demokratie muss erkämpft werden. Das klingt simpel und abstrakt zu gleich. Denn Demokratie ist mehr als ein Begriff, er beinhaltet verschiedene Werte und Ideen. So kommt es, dass wir aus unserer heutigen Perspektive den Kampf einer Person für bestimmte Werte und Ideen als Einsatz für Demokratie werten, die Person selber dies aber so nicht benannt hat. Ein Beispiel wäre der Kampf für das Wahlrecht von Frauen. Umgekehrt würden wir heute den Kampf für ein Wahlsystem, das zwar erstmals Männer jeder Gehaltsstufe wählen lässt, aber Frauen komplett ausschließt, nicht mehr als demokratisch bezeichnen. Auch wenn es aus damaliger Perspektive als revolutionär und demokratisch galt.

Grundlegende Prinzipien einer freiheitlich-demokratischen Grundordnung sind heute²:

- Achtung vor den im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechten, vor allem vor dem Recht der Persönlichkeit auf Leben und freie Entfaltung
- Volkssouveränität
- Gewaltenteilung
- Verantwortlichkeit der Regierung
- Gesetzmäßigkeit der Verwaltung
- Unabhängigkeit der Gerichte
- Mehrparteienprinzip
- Chancengleichheit für alle politischen Parteien mit dem Recht auf verfassungsmäßige Ausübung einer Opposition

In Autokratien und Diktaturen gelten diese Prinzipien nicht. Deshalb müssen Demokrat*innen in solchen Systemen Widerstände überwinden.

Der Kampf für Demokratie gestaltete sich unterschiedlich in verschiedenen Epochen der deutschen Geschichte. Für eine tiefere Betrachtung bieten sich besonders an:

- 1789–1871 Staaten des Heiligen Römischen Reichs und des Deutschen Bundes
- 1871–1918 Deutsches Kaiserreich
- 1933–1945 NS-Regime
- 1945–1949 Sowjetische Besatzungszone,
1949–1989/90 Deutsche Demokratische Republik

Bezüge gibt es aber auch über in Deutschland lebende Menschen mit Migrationsgeschichte. Sie oder ihre Eltern haben zum Teil Erfahrungen in Ländern gemacht, die nicht demokratisch verfasst sind. Sie können selbst vom Kämpfen für Demokratie berichten.

In den Blogbeiträgen wird darauf eingegangen, wie sich Menschen, die für demokratische Ideale stehen, in politischen Systemen verhalten, die diesen widersprechen.

Kämpfen beinhaltet immer auch die Möglichkeit zu scheitern. Viele Demokrat*innen mussten einen hohen Preis für ihr Engagement zahlen: von schlechteren Lebensbedingungen und schlechteren beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten über Haft bis hin zu Exil oder Tod.

Der Einsatz für Demokratie in einer Autokratie und Diktatur birgt viele Gefahren, ist er doch ein Kampf gegen das System. Umgangssprachlich reden wir auch heute oft vom Kampf für die Demokratie. Doch dieses – wenn auch anstrengende – Engagement ist eines innerhalb eines demokratischen Verfassungsstaats, also unter anderen Rahmenbedingungen und weniger dramatischen persönlichen Konsequenzen. Auf dieses Engagement wird im Kapitel „Demokratie gestalten, leben und weiterentwickeln“ eingegangen.

Zur heutigen Demokratie gehört es auch, an jene zu erinnern, die diese erkämpft haben. Nicht alle Versuche waren erfolgreich. Sie zeigen aber, dass Menschen etwas zum Guten hin verändern können.

Der Hessische Landbote.

Erste Botschaft.

Darmstadt, im Juli 1834.

V o r b e r i c h t.

Dieses Blatt soll dem hessischen Lande die Wahrheit melden, aber wer die Wahrheit sagt, wird gekenkt, ja sogar der, welcher die Wahrheit liebt, wird durch meineidige Richter vielleicht gekrafft. Darum haben die, welchen dies Blatt zukommt, folgendes zu beobachten :

- 1) Sie müssen das Blatt sorgfältig außerhalb ihres Hauses vorder Polizei verwahren;
- 2) sie dürfen es nur an treue Freunde mittheilen;
- 3) denen, welchen sie nicht trauen, wie sich selbst, dürfen sie es nur heimlich hinlegen;
- 4) würde das Blatt dennoch bei Einem gefunden, der es gelesen hat, so muß er gestehen, daß er es eben dem Kreistrath habe bringen wollen;
- 5) wer das Blatt nicht gelesen hat, wenn man es bei ihm findet, der ist natürlich ohne Schuld.

Friede den Hütten! Krieg den Pallästen !

Im Jahr 1834 siehet es aus, als würde die Bibel Lügen gestraft. Es sieht aus, als hätte Gott die Bauern und Handwerker am Sten Tage, und die Fürsten und Vornehmen am Sten gemacht, und als

Ausschnitt aus der Flugschrift

„Der Hessische Landbote“ vom Juli 1834.

Quelle: Wikimedia

Der Hessische Landbote

Von *Dennis R.* · 31. Juli 2020

Am 31. Juli 1834, heute vor 186 Jahren, tauchten im Großherzogtum Hessen-Darmstadt die ersten Exemplare der Flugschrift „Der Hessische Landbote“ auf. Dieser Text hat eine erstaunliche Karriere gemacht: gerade mal 1.200 gedruckte Exemplare in der ersten Auflage, von denen die meisten ziemlich schnell von den damaligen Behörden aus dem Verkehr gezogen wurden. Noch heute aber ist der „Hessische Landbote“ häufig Schullektüre, meistens im Fach Deutsch und nicht nur in Hessen. Auch meine eigene Schulzeit war nicht „Landboten“-frei, ich hielt in Baden-Württemberg in der Zwölften ein Referat dazu. Inzwischen kann man sich den „Landboten“ auch auf dem Youtube-Kanal „[Sommers Weltliteratur to go](#)“ anschauen, als Video mit Playmobilfiguren. Was also macht den „Landboten“ von 1834 so außergewöhnlich? Und für uns noch wichtiger: Was macht ihn zu einem Dokument der Demokratiesgeschichte?

Georg Büchner

Die erste Frage hat viel mit einem der Autoren des „Landboten“ zu tun. Neben dem Rektor und Pastor **Friedrich Ludwig Weidig** war es nämlich **Georg Büchner**, der den Text verfasste. Und der ist immerhin einer der bekanntesten deutschsprachigen Schriftsteller. Nicht ganz ohne Grund ist der bedeutendste deutsche **Literaturpreis** nach Georg Büchner benannt. Nicht nur der „Hessische Landbote“, sondern fast alle seine Werke werden bis heute in der Schule gelesen, zum Beispiel sein Revolutionsstück „Dantons Tod“, sein Lustspiel „Leonce und Lena“ und sein Drama „Woyzeck“, obwohl es ein Fragment blieb. Denn Georg Büchner starb schon mit 23 Jahren an Typhus.

Der Text

Schon als Schüler hat mich die außergewöhnlich treffende Sprache fasziniert, mit der Büchner und Weidig im „**Hessischen Landboten**“ radikal die Unterdrückung und Ausbeutung der Landbevölkerung anprangern. Sie schreiben zum Beispiel:

*„Das Leben der Bauern ist ein langer Werktag:
Fremde verzehren seine Äcker vor seinen Augen, sein Leib ist eine Schwiele,
sein Schweiß ist das Salz auf dem Tische des Vornehmen.“*

Der Text ist nicht mehr und nicht weniger als der Aufruf zum Aufstand, zusammengefasst und überschrieben mit einem Spruch aus der Französischen Revolution: „Friede den Hütten, Krieg den Palästen!“

Die direkten Folgen

Der erhoffte Bauernaufstand blieb aus. Die hessischen Behörden aber fassten den „Landboten“ als „**die bei weitem gefährlichste und strafbarste**“ Flugschrift des Jahres 1834 auf und verfolgten ihre Verfasser unerbittlich. Büchner wurde steckbrieflich gesucht und floh ins französische Straßburg. Weidig wurde verhaftet, gefoltert und kam 1837 in der Haft unter nie ganz geklärten Umständen ums Leben.

Die Vorgeschichte: Büchner

Was veranlasste Weidig und Büchner dazu, einen derart radikalen Text zu verfassen und zur Revolution aufzurufen? Zunächst zu Büchner: Der Arztsohn wuchs in Darmstadt auf und studierte zwei Jahre Medizin in Straßburg. Dort lernte er

die freiheitlichen Ideen des französischen Bürgertums nach der Julirevolution von 1830 kennen. Dann musste er aber wieder zurück ins Großherzogtum Hessen nach Gießen, um sein Studium abschließen zu können. Von Freiheit war hier nichts zu spüren. Stattdessen Bespitzelung und Zensur.

Büchner und Weidig

Büchner gründete in Gießen 1833 die Gesellschaft für Menschenrechte, die er in Straßburg kennengelernt hatte, als eine oppositionelle Geheimorganisation. Und er lernte Friedrich Ludwig Weidig kennen, einen der führenden Köpfe der bürgerlichen Opposition in Hessen. Weidig hatte schon das **Hambacher Fest** mit vorbereitet, konnte aber selbst aufgrund der starken Überwachung in Hessen nicht selbst am Fest teilnehmen. Er war gut vernetzt und hatte die Möglichkeit, Flugschriften in einer Druckerei zu drucken.

Die Flugschrift

Genau das schlägt Weidig Büchner vor, den Druck einer Flugschrift. Büchner schreibt eine erste Version, die nicht erhalten geblieben ist und wahrscheinlich noch deutlich radikaler war als die, die wir kennen. Weidig überarbeitet den Text, gibt dem Ganzen einen christlichen Anstrich mit Bibelzitaten. Er wählt auch den Titel „Der Hessische Landbote“, um die Schrift auf den ersten Blick wie eine harmlose Bauernzeitung wirken zu lassen. Dann organisiert Weidig den Druck. Am 31. Juli 1834 kommen die etwa 1.200 Exemplare des „Hessischen Landboten“ aus der Druckerei in Offenbach und werden an mehrere Helfer weitergegeben. Die geheime Verteilung der Schrift beginnt. Und die hessischen Staatsorgane greifen, informiert über einen Spitzel, sofort ein. Schon am 1. August wird ein Helfer Weidigs am Gießener Stadttor durchsucht und 134 Exemplare der Flugschrift sichergestellt. Immer enger zieht sich das Netz der Verfolgung um die beiden Autoren und ihre Verbündeten.

Ein Dokument des Vormärz

Was also hat der „Hessische Landbote“ mit Demokratiegeschichte zu tun? Ziemlich viel, denn er ist ein Dokument des Vormärz, jener Zeit vor der Revolution von 1848, in der in verschiedenen deutschen Staaten das liberale Bürgertum, angeregt von der Französischen Revolution, sich gegen den Obrigkeitsstaat wendete und Mitsprache einforderte. „Demokratie erkämpfen“ – unter diesem Titel lässt sich der „Hessische Landbote“ auch heute noch lesen.



Hedwig Dohm, 1898.

Quelle: Wikimedia

Hedwig Dohm – eine Vorkämpferin der Demokratie

Von *Leonard J.* · 15. Dezember 2018

Wie kaum eine Zweite hat die deutsche Schriftstellerin Hedwig Dohm im 19. Jahrhundert die rechtliche und gesellschaftliche Unterordnung der Frau angeprangert. So ist sie zu einer Wegbereiterin und einem Symbol der deutschen Frauenbewegung geworden. Geboren wurde sie am 20. September 1831, noch Jahre vor dem ersten demokratischen Aufbruch in der Revolution 1848/49. Sie erlebte ihr ganzes Leben hindurch die geschlechtermäßige Ungleichbehandlung in Deutschland am eigenen Leibe: sei es durch mangelhafte Mädchenbildung, das Verbot politischer Vereinsarbeit für Frauen oder das Wahlrecht nur für Männer.

Der Salon als Möglichkeit der Einflussnahme

All das hinderte sie jedoch nicht daran, sich gesellschaftlich und politisch einzubringen. Wo das Parlament als öffentlicher Raum ihr rechtlich verwehrt war,

fand sie den Austausch, den sie suchte, in anderen Räumen. So zum Beispiel im Salon, einer Form von halböffentlicher Geselligkeit unter Freunden und Bekannten, die immer auch eine politische Komponente hatte. Viele Frauen nutzten die Bereiche der Gesellschaft, die ihnen offen standen, um auf die Öffentlichkeit einzuwirken und einen Wandel anzustoßen. Die private Wohnung, in der man sich zum geselligen Beisammensein traf, gehörte zu den Räumen, die man der Frau zusprach und wo man ihr Auftreten als angemessen ansah. Seit der Aufklärung hatten sich die Frauen, die für mehr Rechte und Freiheiten kämpften, immer wieder zunutze gemacht und versucht, hierüber Einfluss auf die Gesellschaft zu nehmen. Der Salon von Hedwig Dohm stand in dieser Tradition. Er zog zeitweise so berühmte Persönlichkeiten an wie Alexander von Humboldt, Theodor Fontane und Ferdinand Lassalle.

Dohm als feministische Schriftstellerin

Ein anderes Mittel, mit dem Hedwig Dohm Einfluss zu nehmen versuchte, war die Schriftstellerei. Neben unzähligen Novellen und Bühnenstücken waren es vor allem feministische Themen, denen sie sich widmete. So sprach sie sich etwa vehement für die Erwerbstätigkeit von Frauen aus und forderte einen Ausbau der Mädchenbildung – beides ihrer Meinung nach Voraussetzungen für die Unabhängigkeit und Selbstständigkeit der Frau. Noch brisanter war ihre Forderung nach dem vollen Wahlrecht für Frauen, das damals, im 19. Jahrhundert, noch undenkbar war. Dass ausschließlich Männer wählen durften, war für die allermeisten schlicht die Normalität; wie sollte es auch anders sein? Dohm konnte sich mit dieser eingeschränkten Denkart nicht zufriedengeben. In einem berühmten Ausspruch schreibt sie:

*„Glaube nicht, es muss so sein, weil es so ist und immer so war.
Unmöglichkeiten sind Ausflüchte steriler Gehirne. Schaffe Möglichkeiten.“*

Dass nur Männer als Bürger mit vollen politischen Rechten galten, war für sie ein brennender Missstand. Nicht nur das Interesse der Frauen, sondern die Freiheit als solche hing ihrer Meinung nach von der Gleichstellung ab:

*„Es gibt keine Freiheit der Männer, wenn es nicht eine Freiheit der Frauen gibt.
Wenn eine Frau ihren Willen nicht zur Geltung bringen darf, warum soll es der Mann dürfen.“*

Dohm – eine Vorkämpferin der Demokratie

Es ist diese eigensinnige, unnachgiebige, mutige Haltung, die Hedwig Dohm zu einer großen Vorkämpferin des Frauenwahlrechts und damit der Demokratie macht. Als das Frauenwahlrecht am 12. November 1918 eingeführt wurde, war Dohm bereit 87 Jahre alt und hatte kein Jahr mehr zu leben. Doch immerhin erlebte sie noch mit, dass sich ihr Kampf fürs Frauenwahlrecht auszahlte. Über Jahrzehnte hatten sie und viele andere Aktivistinnen unerbittlich dafür gestritten. Dass heute in der Bundesrepublik Deutschland an der Wahlurne gleiches Recht für alle gilt, ungeachtet des Geschlechts, haben wir Menschen wie Hedwig Dohm zu verdanken. Das Frauenwahlrecht ist nicht vom Himmel gefallen.



August Bebel

Quelle: Bundesarchiv, Bild 183-14077-0005

22. Februar 1840: Geburtstag von August Bebel

Von *Annalena B.* · 22. Februar 2020

Kaum einer prägte die frühe Sozialdemokratie so stark wie er: August Bebel. Heute vor 180 Jahren wurde er in Deutz bei Köln geboren.

Mitbegründer der Sozialdemokratischen Partei

Der selbstständige Drechslermeister August Bebel war 1869 Mitbegründer der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SAP), der Vorläuferpartei der SPD. Ab 1871 saß er als Abgeordneter im Reichstag, er blieb es bis zu seinem Tod 1913.

Bebels Leben war nicht nur von Höhen, sondern auch von Tiefen gezeichnet. Anfang der 1870er Jahre verbrachte er mehrere Jahre in Festungshaft wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ und „Majestätsbeleidigung“. Während der Sozialistengesetze 1878 bis 1890 war Bebel wiederholt Schikanen ausgesetzt.

In dieser Zeit entwickelte er sich zu einem der schärfsten Kritiker der politischen Zustände im Deutschen Reich und Gegenspieler Bismarcks. Trotz der Repressionen schaffte es die SAP in dieser Zeit, ihre Stimmen bei den Reichstagswahlen zu verdreifachen.

1891 arbeitete Bebel dann maßgeblich am „Erfurter Programm“ der neu gegründeten SPD mit. Viele der marxistischen Ideen, die ihn prägten, aber auch seine eigenen Theorien flossen in das Programm der Partei ein, das deren Politik für die kommenden Jahre bestimmte.

August Bebel, die Frau und der Sozialismus

Sein bekanntestes und wichtigstes Werk, „Die Frau und der Sozialismus“, schrieb Bebel bereits 1879. Zunächst erschien das Buch illegal. Doch bis zu seinem Tod wurden über 50 Auflagen veröffentlicht, es wurde somit zum meist gelesenen marxistischen Werk Deutschlands im 19. Jahrhundert. In dem Buch setzte sich Bebel für eine Teilhabe der Frauen am öffentlichen Leben und in der Gesellschaft ein. Unter anderem schrieb er dort:

„Es gibt keine Befreiung der Menschheit ohne die soziale Unabhängigkeit und Gleichstellung der Geschlechter.“

August Bebel: Die Frau und der Sozialismus (1879), S. 30.

Gleichheit und gleiche Rechte für alle, das erkannte Bebel, konnten nur verwirklicht werden, wenn Frauen und Männer in politische Prozesse mit einbezogen würden.

Bebels Vermächtnis strahlt noch heute über seinen Tod hinaus. So gründeten 1947 Sozialdemokraten das **August-Bebel-Institut in Berlin**, „um den Wiederaufbau einer demokratischen und sozialen Gesellschaft voranzubringen“. Das Institut besteht noch heute, ebenso wie der Ruf seines Namensgebers.



Bayerns Ministerpräsident Kurt Eisner mit Frau und Minister Unterleitner im Januar 1919.

Quelle: Wikimedia

Eine kurze Episode deutscher Demokratie – Kurt Eisner und die Münchener Räterepublik

Von *Leonard J.* · 7. November 2018

Vor 100 Jahren, am 7. November 1918, rief Kurt Eisner in München den Freistaat Bayern aus. Über ein vergessenes Kapitel unserer Demokratiegeschichte.

Gerade noch hatte er an seiner Rücktrittserklärung geschrieben, der 51-Jährige mit dem dichten, dunklen Bart und dem nachdenklichen Blick, der Mann, der in den vergangenen 100 Tagen zum Anführer und Symbol der Revolution geworden war. Nun lag er, rücklings niedergeschossen, ermordet von einem völkisch-nationalistischen Studenten, auf dem Pflaster der Münchener Promenadestraße. Es war der kühle Wintermorgen des 21. Februar 1919, und wer da lag, war der Ministerpräsident des Freistaats Bayern Kurt Eisner.

Chaos breitete sich in der Stadt aus, überall wurde geschossen: Erst von den Leibwächtern auf den Attentäter, wenig später im Landtag von einem rache-suchenden Revolutionsanhänger auf den Innenminister. Tumult brach aus im Plenarsaal, im Gedränge wurde auf einen weiteren Abgeordneten geschossen. Die parlamentarische Demokratie, die gerade erst aus den Trümmern des Ersten Weltkriegs und der autoritären Monarchie gehoben wurde, nahm ihr vorläufiges Ende in Chaos und Panik. Die Macht lag wieder auf der Straße.

Knapp 100 Tage zuvor hatte sich Kurt Eisner an die Spitze dieses großen revolutionären Experiments gestellt: am 7. November 1918, heute vor genau 100 Jahren. Wer war dieser Mann, was war da geschehen?

Kurt Eisner an der Spitze des revolutionären Experiments

Mehr als angespannt war die Stimmung im November 1918. Die Strapazen und Entbehrungen des Krieges hatten die Bevölkerung schon über Jahre geplagt. Soldaten waren massenhaft auf dem Schlachtfeld gefallen, Lebensmittelknappheit hatte die Menschen wieder und wieder an die Grenze des Ertragbaren getrieben. Kurzum: Die Sinnlosigkeit und Unmenschlichkeit des Krieges hatte sich den Menschen ins Mark geschrieben, als sich am Abend des 7. November 1918 ein Demonstrationszug von der Münchener Theresienwiese in Richtung Kasernen in Gang setzte. Zuvor hatten sich rund 60.000 Menschen zu einer parteiübergreifenden Friedenskundgebung zusammengefunden – die Kriegsmüdigkeit hatte die Massen auf die Straßen gedrängt.

Obwohl der Krieg schon sicher verloren war, standen die deutschen Soldaten noch immer im Feld. In dieser Situation kam es zur Revolution gegen das alte Regime und den Bayrischen König Ludwig III. Zentraler Protagonist der Erhebung in München war – Kurt Eisner.

Eisner begeistert die Massen – und ruft den Freistaat Bayern aus

Eisner konnte die Menschen in dieser schweren Stunde begeistern. Er bewegte sie dazu, an den Umständen etwas ändern zu wollen und die Lage in die Hand zu nehmen. Er zog mit dem Protestzug quer durch die Stadt, über Stunden war München von einer ungeheuren Anspannung ergriffen. Als ihnen auf ihrem Marsch an den Schaltstellen der Macht, in den Kasernen und Regierungsbehörden, kaum Widerstand entgegengesetzt wurde, hatten Eisner und seine Leute das Blatt in der Hand. Sogar der bayrische König Ludwig III., der bis zuletzt

noch an seiner Herrschaft festklammerte, sah sich veranlasst zu fliehen. Das war die Stunde der Revolution, und das war die Stunde Kurt Eisners. Er rief noch in derselben Nacht im Festsaal des Mathäuserbräu den **Freistaat Bayern** aus. Im Gedächtnis blieben seine feierlichen Worte:

„Die Dynastie Wittelsbach ist abgesetzt! Bayern ist fortan ein Freistaat!“

Was bedeutete das – Freistaat?

Das Volk, oder zumindest ein beachtlicher Teil davon, hatte gezeigt, dass es sich nicht länger der willkürlichen Staatsmacht des Monarchen beugen wollte, während die Bevölkerung im Krieg dahinsiechte. Die Aussage war klar: Ein Freistaat – so das deutsche Pendant zu „Republik“ – sollte Bayern fortan sein, unabhängig und souverän, eine Regierung vom Volk für das Volk. Das war in der Tat revolutionär auf dem Boden des Deutschen Kaiserreiches und wäre nicht möglich gewesen ohne das gewagte Engagement von Menschen wie Kurt Eisner.

Wer war dieser Eisner? Und wie konnte er erreichen, was er erreichte?

1867 nicht etwa in Bayern, sondern in Berlin geboren, als Sohn eines jüdischen Fabrikanten, ging Eisner zuerst nach Marburg, dann nach Nürnberg, bevor es ihn nach München verschlug. 1898 in die SPD eingetreten, wurde er kurz darauf Redakteur bei der Parteizeitschrift „Vorwärts“. Später war er bei anderen Zeitschriften und als freier Autor tätig.

Als sich im vorletzten Kriegsjahr 1917 der Antikriegsflügel von der SPD abspaltete, war Eisner maßgeblich am Aufbau der Ortsgruppe in München beteiligt. Es war dieses politisch hochengagierte Leben, das Eisner schließlich zum Anführer der Revolution werden ließ, zusammen mit sehr vielen günstigen Umständen. Als die Revolution gemacht und das alte System abgelöst war, hätte man denken können, Eisner sei an seinem Ziel angelangt. Doch die Revolution war für ihn kein Selbstzweck, sein Herz schlug für mehr als das:

„Die Revolution ist nicht die Demokratie. Sie schafft erst die Demokratie.“

Diese Demokratie weiter aufzubauen, gelang Eisner nicht mehr. Sein Leben endete im Februar 1919 auf dem Pflaster der Promenadestraße. Seine Übergangsregierung vermochte zwar Maßgebliches umzusetzen, etwa den Achtstundentag für Arbeiter oder das Frauenwahlrecht. Doch was Kurt Eisner zu einer bewundernswerten Person macht, ist der Geist, mit dem er in unbeschreiblich harten Zeiten gegen den Krieg und für die Demokratie stritt. Dieser unverbrüchliche und visionäre Wille zur Demokratie, zu einer gerechteren und freieren Ordnung, ist es, den wir heute – in vermeintlich demokratiegesättigten Zeiten – am nötigsten brauchen. Allein Institutionen und Gesetze lassen nicht an den langfristigen Fortbestand der Demokratie glauben. Es sind Menschen wie Kurt Eisner als Vorbilder rückhaltloser politischer Partizipation, mit denen das demokratische Wagnis steht und fällt.



17. Juni 1953: Demonstrationzug der Stahlwerker von Hennigsdorf in Ost-Berlin.

Quelle: AdSD/FES, Signatur: 6/FOTB001831

Ist der 17. Juni 1953 männlich?

Von *Andrea B., Michèle M.* · 17. Juni 2020

Die Serie „17. Juni“ ist ein Kooperationsprojekt des Berliner Beauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur mit Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Berliner Aufarbeitungsbeauftragten haben für den Blog geschrieben.

Am 17. Juni erinnern wir wieder an den Volksaufstand 1953 in der DDR. Die Proteste erreichten am 17. Juni 1953 ihren Höhepunkt und gleichzeitig ihr tragisches Ende. Sowjetische Truppen schlugen die Demonstrationen blutig nieder. In der Erinnerung und auch in der wissenschaftlichen Forschung erscheint der Volksaufstand als Männerdomäne. Es geht um Bauarbeiter, die Protestresolutionen verfassen und zum Streik aufrufen, um Stahlarbeiter, die sich von Hennigsdorf auf den Weg nach Ost-Berlin machen, und um Streikführer, die mutig vorangehen und dafür auch ihr Leben riskieren. Auf Regimeseite zeigt sich ein ähnlich

männliches Bild. Und auch in der Geschichtsschreibung zum Volksaufstand sind kaum Autorinnen zu finden. Ist der 17. Juni männlich oder wird er nur männlich erzählt? Es lohnt sich, einen Blick darauf zu werfen, in welchen Rollen Frauen am 17. Juni 1953 in Erscheinung traten.

Die 1950er Jahre – Frauen im Sozialismus

Der Aufstand am 17. Juni 1953 war ein Aufstand der Arbeitenden. Wo also spielen Frauen in der Arbeitswelt des Jahres 1953 eine Rolle?

Die gesellschaftliche Rolle der Frau änderte sich im Laufe des 20. Jahrhunderts drastisch. Der politische Kampf um Gleichberechtigung zeigte mit der Einführung des Frauenwahlrechts 1919 in Deutschland erste Erfolge. Doch dem Willen nach Emanzipation stand ein starres Frauenbild entgegen: Frauen hatten in erster Linie Hausfrauen und Mütter zu sein. Die kommunistischen Machthaber, die nach dem Zweiten Weltkrieg die politische und gesellschaftliche Entwicklung in der neugegründeten DDR bestimmten, schrieben sich die Gleichberechtigung von Mann und Frau auf die Fahnen. Insbesondere im Arbeitsleben sollten Frauen eine gleichberechtigte Position einnehmen, auch weil die DDR deren Arbeitskraft dringend brauchte. Dies war allerdings nicht so schnell umzusetzen. Fast jede zweite Frau arbeitete, wie bereits vor der Gründung der DDR, als Hausfrau und Mutter. Die andere Hälfte der Frauen ging in den 1950er Jahren jedoch einer Erwerbstätigkeit nach, unter anderem als Bäuerinnen und Arbeiterinnen. Die politischen und sozialen Forderungen des 17. Juni 1953 betrafen also gleichermaßen Frauen und Männer.

Der rätselhafte Fall der Erna Dorn

Das Totenbuch für die Opfer des Volksaufstandes zählt lediglich vier weibliche Opfer. Drei davon waren sprichwörtlich zur falschen Zeit am falschen Ort, hatten also gar nicht aktiv am Protest teilgenommen. Die vierte Frau hingegen – Erna Dorn – wurde als „Rädelsführerin“ im Oktober 1953 hingerichtet. Doch bis heute ist gerade dieser Fall rätselhaft und strotzt nur so vor Ungereimtheiten. Die SED instrumentalisierte Erna Dorn für ihre Propaganda. Sie sei eine berüchtigte Aufseherin im Frauenkonzentrationslager Ravensbrück gewesen und in Halle als Streikführerin am 17. Juni 1953 aufgetreten. Diese Geschichte passte gut in die SED-Propaganda, die den Volksaufstand als vom Westen initiierten „faschistischen Putsch“ zeichnete. Bis heute sind die Lebensgeschichte von Erna Dorn und ihre tatsächliche Rolle beim Volksaufstand 1953 ungeklärt. Vieles

spricht dafür, dass es sich um eine geistig verwirrte Frau handelte, die vom SED-Regime instrumentalisiert wurde und somit eher eine passive Rolle ausfüllte.

Journalistin unter Bauarbeitern

Ganz anders agierte Käthe Stern. Sie war 1953 Journalistin beim Neuen Deutschland, der Tageszeitung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED), und arbeitete seit einiger Zeit auf der Großbaustelle an der Stalinallee (heute Karl-Marx-Allee) in Ost-Berlin. Sie begleitete das prestigeträchtigste Bauvorhaben des SED-Regimes journalistisch.

In der Sonntagsausgabe des Neuen Deutschland am 14. Juni 1953 erschien ein Text von Käthe Stern und ihrem Kollegen Siegfried Grün, der wohl einer der am meisten zitierten Originaltexte ist. Er ist insofern erstaunlich, als dass er unter der Überschrift „Es wird Zeit, den Holzhammer beiseite zu legen“ kritisch mit Vertretern des Regimes ins Gericht ging: Das SED-Regime hatte höhere Arbeitsleistungen von den Arbeiter*innen gefordert. Doch diese seien – wie es im Artikel heißt – nur umzusetzen, wenn die Arbeiter*innen „von der Bedeutung dieser Maßnahmen für unseren Kampf um ein besseres Leben überzeugt“ seien.

Einige Funktionäre der SED setzten jedoch „an die Stelle der Überzeugungsarbeit den Holzhammer“. Käthe Stern und Siegfried Grün hatten offenbar mit Bauarbeitern gesprochen. Diese berichteten, dass sie unter Druck gesetzt worden seien und deshalb höheren Arbeitsleistungen zugestimmt hatten.

In einem Rückblick auf den Volksaufstand berichtete Käthe Stern, dass sie von den Bauarbeitern als „halbe Portion“ wahrgenommen worden sei und deshalb Zutritt zu vielen Orten der Bauarbeiter gewann. Sie sei nicht ernst genommen und damit auch nicht als Bedrohung empfunden worden.

Die FDJ-Funktionärin

Käthe Stern ist nicht die einzige Frau, die den 17. Juni beobachtete. Auch die 26-jährige Margot Feist, die später Margot Honecker wurde, verfolgte die Geschehnisse. Während des 17. Juni beobachtete die damalige Funktionärin der FDJ (Freie Deutsche Jugend) im Arbeiterbezirk Berlin-Friedrichshain die Aufstände. Akribisch machte sie sich Notizen und gab diese später, mit einigen Namen versehen, an die Staatssicherheit weiter. Entgegen des verbreiteten Bildes zeigte sich: Auch Frauen nahmen aktiv am 17. Juni 1953 teil und füllten dabei unterschiedliche Rollen aus.

Aufstand der Arbeiterinnen

Am wenigsten wissen wir über die Frauen, die am 17. Juni 1953 zwischen ihren Kollegen auf die Straße gingen. Die Fotos des Volksaufstandes zeigen sehr wohl, dass auch Frauen an den Protesten teilnahmen. In der ersten Reihe des berühmt gewordenen Marsches der Hennigsdorfer Stahlarbeiter nach Ost-Berlin etwa sind Frauen zu sehen. Und auch der Reporter des Rias sprach in seiner Reportage über die Hennigsdorfer von „Männern und Frauen und Mädchen“.

Darüber hinaus finden sich einige Zeitzeuginnenbeschreibungen zum Volksaufstand. Renate Weiß arbeitete 1953 in einer Gärtnerei in Weißensee und schloss sich mit Kollegen den Demonstrationen an. Die 18-jährige Edith Fiedler erlebte den Volksaufstand als Bauarbeiterlehrling in Ost-Berlin. Und Ingrid Kroschel, die in West-Berlin studierte, fuhr mit einer Freundin am 17. Juni 1953 in den Ostteil der Stadt, um sich selbst ein Bild von den Protesten zu machen und die Demonstrierenden zu unterstützen.

Die Frauen demonstrierten teilweise gut sichtbar in der ersten Reihe. Warum also wissen wir so wenig über sie, warum tauchen sie in den Erinnerungen und wissenschaftlichen Studien noch immer kaum auf? Im Gegensatz zu einer Journalistin wie Käthe Stern zum Beispiel gaben Arbeiterinnen selten rückblickende Selbstauskünfte. Das eint sie mit dem Großteil der männlichen Streikenden, über die wir ebenfalls nur wenig wissen.

17. Juni 1953 – Volksaufstand in der DDR

Sicherlich gibt es noch viele andere spannende Geschichten von Frauen zu erzählen, die den 17. Juni 1953 nicht nur erlebten, sondern ihn auch mitgestalteten. Welche Rollen nahmen Frauen bei den Protesten ein? Welche Konsequenzen hatten sie zu tragen und wie änderten sich ihre Leben nach der Niederschlagung der Proteste? Warum tauchen sie in der Geschichtsschreibung nicht auf?

Im Jahr 2019 konstatierten drei amerikanische Historikerinnen, dass Geschichtsschreibung zur DDR und zur Bundesrepublik in den vergangenen Jahrzehnten weitgehend ohne geschlechter- und frauengeschichtliche Fragestellungen auskam. Die Geschichte des Volksaufstandes in der DDR im Juni 1953 ist somit keine Ausnahme.

Doch deutlich wird: Frauen sind ein Teil des Aufstandes. Sie wurden instrumentalisiert wie Erna Dorn, die in vielen Köpfen die einzige mit dem 17. Juni 1953

verbundene Frau ist. Sie beobachteten wie Käthe Stern, die als Journalistin ganz nah dran war. Sie unterstützten das Regime mit ihren Beobachtungen wie Margot Feist. Und sie vertraten ihre Forderungen wie die zahllosen Arbeiterinnen in den Reihen der Demonstrierenden. Sie füllten am 17. Juni 1953 viele Rollen aus. Es lohnt sicherlich, sich auf die Suche nach diesen Geschichten zu machen und damit auch das eine oder andere festgefügte Bild vom Volksaufstand zumindest zu hinterfragen.



Garten der Uno, New York City.

Foto: Wikimedia

Schwerter zu Pflugscharen – 19. November 1980: Ende der ersten Friedensdekade

Von *Annalena B.* · 19. November 2019

Ausgerechnet ein sowjetisches Bildmotiv, verbunden mit einem Bibelzitat, wird zum Symbol der Friedensbewegung der DDR. „Schwerter zu Pflugscharen“ – um einen Zufall handelt es sich hierbei allerdings nicht.

Warum „Schwerter zu Pflugscharen“?

Das Motiv, das sich ab 1980 auf Lesezeichen, Aufnähern, Plakaten und vielem mehr fand, geht auf eine Bronze-Skulptur des russischen Bildhauers Jewgeni Wiktorowitsch Wutschetitsch zurück. Zu sehen ist ein Mann, der ein Schwert zu einem Pflug umschmiedet. Das Werk trägt den Titel „Let us beat our swords into plowshares“. Auf Deutsch heißt das: „Lasst uns unsere Schwerter zu Pflugscharen schmieden.“ Dies ist eine Referenz auf das Alte Testament, in dem sich das Motiv an mehreren Stellen findet. So etwa im Buch Micha:

Er wird unter vielen Völkern richten und mächtige Nationen zurechtweisen in fernen Landen. Sie werden ihre Schwerter zu Pflugscharen machen und ihre Spieße zu Sicheln. Es wird kein Volk wider das andere das Schwert erheben, und sie werden hinfort nicht mehr lernen, Krieg zu führen.

Micha 4,3

Die Skulptur symbolisiert demnach Verheißung und Sehnsucht nach Frieden zugleich.

1959 schenkte die Sowjetunion die Skulptur der UNO. Seitdem steht sie im Garten des UNO-Hauptgebäudes in New York City. Erinnern sollte sie an die Friedensziele der UN-Charta, darstellen sollte sie sicherlich auch den Anspruch der Sowjetunion als Friedensmacht. Bekanntheit erhielt die Skulptur besonders über ihre Darstellung auf Briefmarken der Sowjetunion und Ungarns. Auch in DDR-Geschichtsbüchern wurde sie abgebildet. Als Symbol der Friedensbewegung tauchte sie zum ersten Mal in der ersten Friedensdekade 1980 auf.

Politischer Hintergrund der ersten Friedensdekade

Für das Entstehen der Friedensbewegung in der DDR und die Organisation der ersten Friedensdekade gab es mehrere Gründe. Entscheidend war die Stationierung von Mittelstreckenraketen in den zwei deutschen Staaten 1979. Dies führte auf beiden Seiten, besonders in Kirchenkreisen zu Protest. Außerdem führte die SED 1978 das Fach „Wehrerziehung“ in Schulen ein. Dagegen legte der Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR erfolglos Widerspruch ein. Er sah die zunehmende Militarisierung und die Friedenssicherung durch Aufrüstung als unvereinbar mit christlichen Werten. Aktive Christ*innen in der DDR fanden sich zunehmend in der Opposition zum Staat.

Umsetzung der ersten Friedensdekade

Die Anregung zur Friedensdekade kam aus der ökumenischen Jugendarbeit. 1980 nahmen Kirchen in der DDR und der BRD die Idee auf: Die zehn Tage vor dem Buß- und Betttag sollten für die Friedensarbeit genutzt werden. Von Anfang an waren Organisator*innen in West und Ost miteinander in Kontakt und tauschten Ideen und Material aus. Aber während die Gruppen in der BRD unbehelligt arbeiteten, mussten Arbeitstreffen in der DDR heimlich in Privatwohnungen stattfinden. Die Stasi hatte versucht, die Treffen zu überwachen.

Trotzdem schafften es in der DDR die Arbeitsgemeinschaft Christlicher Jugend (AGCJ) und die Kommission für Kirchliche Jugendarbeit (KKJ) des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR, Materialien für die Friedensdekade zu erarbeiten. Vom 9. bis 19. November 1980 fanden DDR-weit Gottesdienste, Diskussionen, Gesprächsrunden und weitere Veranstaltungen in den Gemeinden statt.

Entwicklung und Politisierung des Symbols

Als Lesezeichen lag „Schwerter zu Pflugscharen“ an verschiedenen Orten in der DDR den Einladungen zum Abschlussgottesdienst am Buß- und Betttag bei. Gedruckt wurde es übrigens auf Vliesstoff. Denn als „Textiloberflächenveredlung“ brauchte es keine staatliche Druckgenehmigung.

Eine solche hätte die DDR vermutlich nicht erteilt. Denn von Beginn an lag dem Symbol und der Friedensbewegung etwas Politisches, sogar Staatskritisches inne. Kritik an der zunehmenden Militarisierung passte nicht ins Staatsbild. Dafür war die Friedensbewegung in Ost und West durch gemeinsame Symbole und parallel verlaufende Veranstaltungen verbunden, sie ließ sich durch die Staatentrennung nicht aufhalten.

Und letztlich drehten die Organisator*innen der Friedensbewegung in der DDR durch die Aneignung des Bildes die Rollenverhältnisse um. Nicht die DDR wurde länger als „Friedensmacht“ dargestellt, mit ihrer Einheit von Bevölkerung und Staat. Vielmehr verstanden sich nun die Menschen, die sich in den Kirchen trafen, um unter anderem kritisch über die „Friedenspolitik“ zu diskutieren, als Aktive für den Frieden.

Verbot des Symbols in der DDR

Da es sich bei dem Bild um ein sowjetisches Denkmal handelte, tat sich die DDR mit einem Verbot zunächst schwer. So verbreitete sich das Symbol weiter: Der Landesjugendpfarrer von Sachsen, Harald Bretschneider, Entwickler des Symbols und ein Organisator der Friedensdekade, ließ 100.000 Aufnäher nachdrucken. Bald liefen Jugendaktivist*innen mit dem Aufnäher auf ihren Jacken durch die Straßen.

Auch während der zweiten Friedensdekade im November 1981 ließen die Veranstaltenden wieder Aufnäher mit „Schwerter zu Pflugscharen“ verteilen. Abermals 100.000 Stück.

Mit der zunehmenden Bekanntheit und Sichtbarkeit des Symbols nahm Kritik von staatstreuen Bürger*innen zu. Sie sahen die Aufnäher als Zeichen von Opposition gegen die DDR und verlangten deren Entfernung.

Tatsächlich war „Schwerter zu Pflugscharen“ ein Symbol der Opposition und Friedensbewegung. Allerdings gelang es den Träger*innen und Vertreter*innen der Kirche eine Zeit lang, mit Verweis auf die sowjetische Herkunft des Symbols und offizielle DDR-Propaganda, ein Verbot abzuwenden.

Das Verbot kam dann doch noch im November 1981. „Wegen Missbrauchs dürfen diese Aufnäher in Schule und Öffentlichkeit nicht mehr getragen werden.“ Vorwürfe an die Träger*innen waren unter anderem „Wehrkraftzersetzung“ und „Untergrabung der staatlichen Tätigkeit zum Schutz des Friedens“. Diejenigen, die die Aufnäher nicht abnahmen, erfuhren schwere Repressalien: Beschlagnahmung der Kleidung, Ausschluss aus Schulen, Verweigerung von Studien- und Ausbildungsplätzen und vieles mehr.

Ab 1982 wehrten sich einige Jugendliche kreativ. Auf ihre Jacken nähten sie einen runden weißen Fleck. Darauf schrieben sie: „Hier war ein Schmied.“

Am Ende war das Symbol durch das Verbot jedoch nicht. Es verband über Jahre die Friedensbewegung in West und Ost. Treffen der Friedensbewegung fanden in der DDR weiter statt, für viele Oppositionelle blieben die Kirchen ein Anlaufpunkt. Beide – Friedensbewegung und Kirche – spielten eine entscheidende Rolle in der Friedlichen Revolution 1989.



**Demokratie
etablieren**

Der Kampf gegen etwas, zum Beispiel eine Diktatur, ist das eine. Der Aufbau von etwas Neuem, der Demokratie, ist etwas anderes. Eine demokratische Verfassung oder freie Wahlen schaffen die institutionellen Rahmenbedingungen. Doch was geschieht dann? Im Klein-Klein müssen die unterschiedlichsten Dinge neu geregelt werden. Es stellen sich Fragen wie die Folgenden:

- Wird Personal, das vom nicht-demokratischen Regime eingesetzt wurde, im öffentlichen Dienst übernommen oder werden bestimmte Gruppen entlassen? Und wenn ja, nach welchen Kriterien?
- Gibt es eine juristische und gesellschaftliche Aufarbeitung der Verfehlungen des alten Regimes, die nach demokratischem Verständnis nicht zu akzeptieren sind?
- Sind nicht nur Änderungen im politischen, sondern auch im Wirtschaftssystem vorgesehen? Wie vertragen sich diese Vorgaben mit dem Bedürfnis nach Stabilität und Leistungsfähigkeit?

Eine Demokratie neu aufzubauen ist nicht einfach. Zumal Menschen den Übergang managen müssen, denen praktische Erfahrung darin fehlt: Sie sind teils selbst in Autokratien oder Diktaturen aufgewachsen oder sie kommen aus dem Exil oder einem anderen Land hinzu.

In der deutschen Geschichte bieten sich vor allem folgende Zeitabschnitte für eine tiefere Betrachtung der Wandlung zur Demokratie an:

- 1918/19 mit den darauf folgenden Jahren
- 1945/49 mit den darauf folgenden Jahren
- 1989/90 mit den darauf folgenden Jahren

Über Migrationserfahrungen gibt es auch Anknüpfungspunkte zu anderen Ländern: wie der Demokratisierung in Griechenland, Portugal und Spanien in den 1970er Jahren oder der Neugestaltung der Länder in Osteuropa und Südosteuropa nach 1989.

Einen genauen Zeitraum zu benennen, wann die Etablierungsphase einer Demokratie beendet ist, fällt schwer. Der Blickwinkel des Übergangs fokussiert sich auf die Aufbauphase mit ihren Möglichkeiten und Schwierigkeiten.

Die Autor*innen der Beiträge gehen darauf ein, wie sich Menschen, die für demokratische Ideale stehen, in der Übergangsphase eingebracht haben.

Zum Etablieren gehört:

- Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen
- Mut, Entscheidungen zu treffen, auch wenn noch nicht alle Einzelfragen geklärt sind
- ein Bewusstsein, dass ein Teil derjenigen, die sich gut mit dem alten System arrangiert hatten, für die Demokratie gewonnen werden muss

Gerade für den Übergang gilt: Wer handelt, macht auch Fehler. Die Demokratisierung eines Landes ist für alle Beteiligten auch ein Trial-and-Error, das Suchen und Erspüren guter und gesellschaftsverträglicher Wege. Manche Entscheidungen, die getroffen wurden, waren erfolgreich. Andere Entscheidungen sollten aus heutiger Perspektive überdacht werden.

„Demokratie etablieren“ ist ein Lernfeld, für das es keine Patentrezepte gibt. Zur heutigen Demokratie gehört es auch, an jene zu erinnern, die bereit waren, in Übergangszeiten Verantwortung zu übernehmen.



Tafel am Eingang des Museums Rastatt.

Quelle: Wikimedia

Baden first

Von *Dennis R.* · 13. April 2019

Oh je, erst die USA und jetzt bekommt auch noch ein süddeutscher Landesteil Starallüren, könnte man bei dieser Überschrift denken. Keine Angst: Wir sind in der Rubrik „Heute vor 100 Jahren“. Und damals hatte die Badische Republik, die gerade gegründet wurde, tatsächlich die Nase vorn: Dort fand am 13. April 1919 die erste Volksabstimmung in Deutschland überhaupt statt. Und in der Weimarer Republik sollte es noch dazu die einzige erfolgreiche bleiben.

Blitzschnell zur Verfassung

Worüber stimmten denn nun die Badener ab? Über ihre neue Verfassung. Auch im Südwesten bildeten sich in der Novemberrevolution Soldatenräte. Parallel dazu rief aber der Karlsruher Oberbürgermeister ein Gremium aus Stadtverwaltung, Stadträten und Parteien ins Leben, den Wohlfahrtsausschuss. Dieser verhandelte mit den Soldatenräten. So formierte sich schon am 10. November

eine vorläufige Volksregierung, die alle politischen Kräfte von gemäßigt bis radikal umfasste. Die neue Regierung rief am 14. November nicht nur die freie Volksrepublik Baden aus, sondern legte auch gleich den Wahltermin zu einer verfassungsgebenden Nationalversammlung auf den Januar 1919 fest. Aus den Wahlen gingen die gemäßigten Kräfte als Sieger hervor. Die Versammlung arbeitete blitzschnell. Schon am 21. März wurde eine Verfassung verkündet.

Vom Nachbarn inspiriert

Die neue Verfassung war durch und durch demokratisch. Und aus der Schweiz. Okay, das ist vielleicht übertrieben. Aber die Badener hatten sich bei ihrer Verfassung tatsächlich nicht allein auf ihre eigenen Ideen verlassen, sondern sich stark an der damaligen schweizerischen Verfassungsordnung orientiert. Dies erklärt auch, dass in der badischen Verfassung von 1919 ein starkes plebiszitäres Element enthalten ist. Und es war konsequent, dass dieses Element der Volksabstimmung auch direkt auf die Verfassung angewandt wurde. Heute vor 100 Jahren durften rund 1,2 Millionen badische Bürger*innen abstimmen. Leider taten dies nur 405.000 Frauen und Männer, also ein Drittel der Wahlberechtigten. Die im Vergleich zu regulären Wahlen sehr geringe Wahlbeteiligung ist ein Problem, das auch heute noch typisch für Volksentscheide in demokratischen Staaten ist.

Die badischen Ja-Sager

Auf dem Stimmzettel vor 100 Jahren wurden zwei Fragen gestellt: Wird die Verfassung genehmigt? Soll die Nationalversammlung als Landtag weitergelten? Bei beiden Fragen stand das „Ja“ als Antwort schon auf dem **Stimmzettel**. Wollte man mit „Nein“ antworten, musste man das „Ja“ selbst durchstreichen und „Nein“ hinschreiben. Entweder hatten die wählenden Badener keine Stifte oder sie waren von der neuen Verfassung überzeugt. 91,2% stimmten für die Verfassung.

Wer noch mehr über die badische Verfassung und die Volksabstimmung heute vor 100 Jahren erfahren will, dem sei dieses **Youtube-Video** aus dem Projekt „Des Volkes Stimme. 200 Jahre – ein Kalender zur Partizipation im Südwesten“ des Hauses der Geschichte Baden-Württembergs empfohlen.



Maria Juchacz Gedenkplakette.

Quelle: Wikimedia

Marie Juchacz über die Selbstverständlichkeit

Von *Annalena B.* · 19. Februar 2019

Meine Herren und Damen!

Heiterkeit im Saal. Schon bevor Marie Juchacz zum inhaltlichen Teil ihrer Rede übergeht, schreibt sie Geschichte. Denn am 19. Februar 1919 hält sie als erste Parlamentarierin eine Rede ([Audio](#)) vor der Nationalversammlung. Möglich ist dies, da 1919 Frauen zum ersten Mal das aktive und passive **Wahlrecht** ausüben dürfen. Zwar nennt Juchacz die Herren noch zuerst, vertritt ihre Position als Frau in der Regierung aber durchaus selbstbewusst:

Ich möchte hier feststellen [...], dass wir deutschen Frauen dieser Regierung nicht etwa in dem althergebrachten Sinne Dank schuldig sind. Was diese Regierung getan hat, das war eine Selbstverständlichkeit: Sie hat den Frauen gegeben, was ihnen bis dahin zu Unrecht vorenthalten worden ist.

Marie Juchacz ungewöhnliches Leben

Marie Juchacz ist keine Unbekannte auf der politischen Bühne. Seit Frauen politisch agieren dürfen – 1908 – ist sie für die SPD aktiv. Schon vorher hielt sie Reden auf Frauenversammlungen und engagierte sich bei Bildungsvereinen und Leseabenden. Als solche tarnen sich politische Versammlungen von Frauen in jener Zeit.

Auch ihr Privatleben ist für damalige Verhältnisse ungewöhnlich. Sie lässt sich von ihrem Mann scheiden und zieht gemeinsam mit ihren Kindern und ihrer Schwester **Elisabeth** nach Berlin. Die Großstadt Berlin ist für Juchacz gleichbedeutend mit Freiheit und Weltoffenheit. Und die Chance, sich endlich politisch zu finden und zu engagieren. Dort können die Frauen in Heimarbeit tagsüber ihren Unterhalt verdienen und haben danach die Möglichkeit, an politischen Versammlungen teilzunehmen.

Die Anstrengungen lohnen sich: 1917 wird Juchacz Frauensekretärin im Zentralen Parteivorstand der SPD. Gleichzeitig übernimmt sie die Redaktionsleitung der Frauenzeitung „Die Gleichheit“. 1919 zieht sie als eine von 37 weiblichen Abgeordneten in den Bundestag ein – gemeinsam mit ihrer Schwester.

Marie Juchacz Erb

Marie Juchacz war klar, dass mit dem Wahlrecht für Frauen nicht alles erreicht war:

Wir Frauen sind uns sehr bewusst, dass in zivilrechtlicher wie auch in wirtschaftlicher Beziehung die Frauen noch lange nicht die Gleichberechtigten sind. Wir wissen, dass hier noch mit sehr vielen Dingen der Vergangenheit aufzuräumen ist, die nicht von heute auf morgen aus der Welt zu schaffen sind.

Vergebens protestierte sie gegen das einschränkende „grundsätzlich“ in Artikel 109 der neuen Verfassung. „Männer und Frauen haben grundsätzlich dieselben staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten“, hieß es dort.

Juchacz politischer Schwerpunkt lag in der Sozialpolitik. Besonders kümmerte sie die Notlage und das Fürsorgebedürfnis von Müttern. Bis 1933 war sie Mitglied des Reichstages, dann floh sie vor dem NS-Terror ins Ausland. Heute ist der Saal, in dem die SPD-Fraktion im Reichstagsgebäude tagt, nach ihr benannt.

Im Gedächtnis geblieben ist Marie Juchacz aber vor allem durch die Gründung der Arbeiterwohlfahrt (AWO). Als Selbsthilfe der Arbeiterschaft wurde der Verein ab 1919 bekannt. Ziel war und ist es, sozialen Notständen entgegenzuwirken. Während der Zeit des Nationalsozialismus aufgelöst, wurde er nach dem Krieg – abermals unter Mithilfe von Juchacz – neu aufgebaut. Heute umfasst er wieder über 200.000 Mitarbeiter*innen.

2017 weihte die AWO ein Denkmal für Marie Juchacz am Mehringplatz in Berlin-Kreuzberg ein. Bis 1933 befand sich in der Nähe die Zentrale der Arbeiterwohlfahrt. Was Marie Juchacz wohl sagen würde, wenn sie heute an ihrem Konterfei vorbei ginge?



Quelle: Pixabay

Mit Orgel und Volkslied zum Grundgesetz

Von **SEITEN:BLICK** · 23. Mai 2019

Bonn, 23. Mai 1949, kurz vor 17 Uhr. Soeben wurde in der Aula der Pädagogischen Akademie in feierlichem Rahmen das Grundgesetz unterschrieben und verabschiedet. Gleich endet die Sitzung. Da erheben sich die Abgeordneten von ihren Plätzen. Mit Orgelbegleitung sollen sie gemeinsam das patriotische Volkslied singen:

*„Ich hab mich ergeben
mit Herz und mit Hand
dir, Land voll Lieb' und Leben,
mein deutsches Vaterland!“*

„Ich hab mich ergeben“ – Ein patriotisches Volks- und Studentenlied

Das Lied stammt aus der Feder des Philologen Ferdinand Maßmann (1797–1874). Neben seinem Studium der Evangelischen Theologie und Klassischen Philologie war er Mitglied der Urburschenschaft und begeisterter Turner bei „Turnvater“ Friedrich Ludwig Jahn. Beim Wartburgfest im Jahr 1817 beteiligte Maßmann sich tonangebend an der symbolischen Verbrennung mehrerer Dutzend Bücher. Diese Bücher waren als reaktionär, antinational oder „undeutsch“ eingestuft. Aus dieser Situation heraus dichtete er 1820 das patriotische Lied „Ich hab mich ergeben“. Das Lied verwendet die Melodie eines 1819 entstandenen Burschenschaftsliedes. Veröffentlicht wurde Maßmanns Lied unter dem Titel „Gelübde“ als patriotisches Volks- und Studentenlied.



„Ich hab mich ergeben“, Erstdruck 1823.

Foto: Wikipedia

Eine von vielen Übergangslösungen

Nach dem Zweiten Weltkrieg fehlte in Deutschland eine Nationalhymne. Darum wurde „Ich hab mich ergeben“ häufig bei offiziellen Anlässen in den westlichen Besatzungszonen gesungen. Das Volkslied galt jedoch nicht als Hymne. Bei offiziellen Anlässen diente auch die erste Strophe von Schillers Ode „An die Freude“ in Beethovens Vertonung wiederholt als Ersatzhymne. Ebenso gern wurden auch die Choräle „Nun danket alle Gott“ oder „Großer Gott, wir loben dich“ bei öffentlichen Anlässen gesungen.

Doch die heimliche Nationalhymne der Westzonen war bis 1952 der Karnevals-schlager „Wir sind die Eingeborenen von Trizonesien“. Die „Trizone“ war die Bezeichnung für das Wirtschaftsgebiet der westlichen Besatzungszone. Gleichwohl führte das Fehlen einer Hymne zu besonderen Lösungen. Bei einem Besuch von Bundeskanzler Konrad Adenauer in Chicago wurde aus Verlegenheit das Kölner Karnevalslied „Heidewitzka, Herr Kapitän“ gespielt.

Schwere Entscheidung über eine neue Nationalhymne

Die junge Bundesrepublik tat sich mit der Entscheidung über eine Nationalhymne schwer. Die alte Hymne, das „Deutschlandlied“ mit dem Text von Hoffmann von Fallersleben, erklärte Reichspräsident Friedrich Ebert 1922 zur Hymne der Weimarer Republik. In der Zeit des Nationalsozialismus erfuhr sie im Sinne der Diktatur eine Umdeutung. Man sang die erste Strophe des Deutschlandlieds in Verbindung mit dem Horst-Wessel-Lied, einem nationalsozialistischen Kampflied.

Ab 1945 wurde das Deutschlandlied bei öffentlichen Anlässen nicht mehr gespielt. Eine Verordnung der Militärregierung vom 15. September 1945 verbot „das öffentliche Singen oder Spielen militärischer oder Nazi-Lieder oder Melodien“. Dieses Verbot wurde 1949 mit der Gründung der Bundesrepublik aufgehoben. Erst 1952 erkannte Bundespräsident Theodor Heuss auf Drängen Adenauers das Deutschlandlied als Nationalhymne der Bundesrepublik Deutschland an. Bei staatlichen Veranstaltungen sollte die dritte Strophe gesungen werden. Heuss' Vorschläge, „Ich hab mich ergeben“ zur Hymne zu machen oder eine neu komponierte Hymne einzusetzen, konnten nicht überzeugen.

Mit Gott und Vaterland zum Grundgesetz

Bonn, 23. Mai 1949. Die Mitglieder des Parlamentarischen Rates und alle anderen Teilnehmenden der Sitzung singen gemeinsam „Ich hab mich ergeben [...], mein deutsches Vaterland“. Im Vorfeld der Sitzung hatte es verschiedene Überlegungen für ein gemeinsames Lied gegeben. Auch das Deutschlandlied stand zur Debatte. Nach einem Bericht der Kieler Zeitung vom 24. Mai 1949 widersprach jedoch die SPD diesem Vorschlag. Sie befürchtete unerwünschte Zwischenfälle. Selbst die Überlegung, das Deutschlandlied aus dem Kaiser-Quartett als Begleitmusik bei der Unterzeichnungszeremonie spielen zu lassen, wurde aus Furcht verworfen.

Letztendlich begleitete der Organist die Ableistung der Unterschriften mit verschiedenen Chorälen, unter anderem mit „Nun danket alle Gott“. Erik Mauthner war damals Korrespondent der Westdeutschen Zeitung. Er bemängelte in seinem Bericht vom 25. Mai 1949, der Orgelspieler habe wohl zu wenig Sichtverbindung mit dem Geschehen im Saal gehabt:

„Jedenfalls brachen seine Darbietungen während der Unterschriftengebung mehrfach ab und mußten immer wieder von neuem ‚angekurbelt‘ werden.“

„Ich hab mich ergeben“ zu singen, ging ebenfalls auf einen Vorschlag der SPD zurück. Sie bestand darauf, das Lied als Gegengewicht zu „Nun danket alle Gott“ in die musikalische Umrahmung aufzunehmen. Dennoch misslang das Schlusszeremoniell ein wenig. Das gemeinsame Absingen von „Ich hab mich ergeben“ drohte unterzugehen. Das Lied war im Programm schlichtweg nicht aufgeführt. Bereits während des Schlussgesanges drängten einige Anwesende zum Ausgang.



Tagesschau, 18. März 1990.

Quelle: Screenshot der Tagesschau vom 18. März 1990

18. März 1990: Erste freie Wahl in der DDR

Von *SEITEN:BLICK* · 18. März 2020

„Zum ersten Mal haben heute in der DDR die Bürger ihr Parlament frei und geheim wählen können und sich dabei überraschend klar entschieden. Mit großem Abstand wurde die CDU stärkste Partei. [...] Großer Verlierer der Wahl sind die Sozialdemokraten, die in Meinungsumfragen lange Zeit vorn gelegen hatten. Dem gegenüber konnte sich die SED-Nachfolgepartei PDS unerwartet gut behaupten. Sie wurde drittstärkste Kraft.“

ARD Tagesschau vom 18. März 1990

Von dieser ersten freien Wahl in der DDR nach demokratischen Grundsätzen ging ein besonderes Signal aus: Diktatur ist überwindbar.

Undemokratische Wahlen in der DDR

Laut der Verfassung der DDR waren die Wahlen frei und geheim. Diesen Anspruch konnten sie in Wirklichkeit aber nicht erfüllen. Die Wahlen waren nicht frei, denn sowohl die Wähler als auch die zu Wählenden konnten nicht frei entscheiden – weder wen sie wählen wollten, noch wer sich zur Wahl stellen durfte. Bei Wahlen in der DDR hatten die Wahlberechtigten keine echte Wahl. Sie hatten lediglich die Möglichkeit, vorgefertigten Wahlvorschlägen (Einheitslisten) zuzustimmen. Dabei blieb die beherrschende Stellung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) stets gesichert. Nur theoretisch war daher die Ablehnung einer Einheitsliste möglich gewesen.

Die Wahlen waren auch nicht geheim. **Die Benutzung einer Wahlkabine galt schon als auffällig, wurde möglicherweise notiert und konnte negative Folgen haben.** Da man bei einer Zustimmung zur Liste nichts ankreuzen musste, galt es als normal, den Wahlzettel einfach nur zu falten und in die Wahlurne zu werfen.

Da Abweichungen im Wahlverhalten genauso wie die Nicht-Teilnahme an einer Wahl auffielen und negative Folgen haben konnten, war die Zustimmung bei den Wahlen stets hoch. Einen freien Willen des Volkes spiegelte das Ergebnis jedoch nicht wider. Außerdem gab es massive Wahlfälschungen, die selbst das zustimmende Ergebnis noch schönerten und stets auf fast 100 Prozent erhöhten.

Das Vorspiel zu den freien Wahlen

Nach den letzten so organisierten Kommunalwahlen in der DDR, am 7. Mai 1989, hatte sich die Situation in der DDR entscheidend verändert. Angehörige der Oppositionsgruppen hatten die Auszählung der Stimmen in einer großen Zahl von Wahllokalen verfolgt. Sie konnten glaubwürdig eine Fälschung des Wahlergebnisses nachweisen. Unzählige Protesteingaben an die staatlichen Organe waren die Folge sowie landesweite öffentliche Aktionen gegen die Wahlmanipulation. Zahlreiche DDR-Bürgerinnen und Bürger kündigten infolgedessen ihre Loyalität zum Staat auf und schlossen sich den Protesten an. Am 9. November 1989 fiel die Berliner Mauer.

Rund zehn Monate nach den Kommunalwahlen im Mai 1989 war die SED-Herrschaft zerbröckelt. Am 18. März 1990 fanden freie Wahlen zur Volkskammer statt. Die Volkskammer der DDR wurde damals erstmalig nach demokratischen Grundsätzen durch die Bevölkerung gewählt.

Die Bedeutung dieser freien Wahl für die Menschen in der DDR war groß

Der Bürger Joachim Gauck erinnert sich:

„Dann kam der Wahltag, der 18. März 1990. Als ich meine Stimme abgegeben hatte und aus dem Wahllokal trat, liefen mir die Tränen über das Gesicht. Ich musste fünfzig Jahre alt werden, um erstmals freie, gleiche und geheime Wahlen zu erleben. Und nun hatte ich sogar die Möglichkeit, ein wenig an der politischen Gestaltung der Zukunft mitzuwirken. Seit 1933 hatten die Menschen hier nicht mehr Recht ausüben können, das ihre Vertreter zur zeitlich begrenzten Herrschaft berechnete. Ich hatte nach all den Jahren nicht mehr damit gerechnet, ein Bürger, ein Wähler sein zu können. Es war eine Mischung aus Freude und Stolz in mir. Und ich war jenen dankbar, die daran mitgewirkt und dieses Land nun tatsächlich zu einer deutschen demokratischen Republik gemacht hatten. In diesem Moment wusste ich auch: Du wirst nie, nie eine Wahl versäumen.“

Joachim Gauck: Winter im Sommer – Frühling im Herbst. Erinnerungen. München 2009.



DDR-Bürger stehen kurz nach der Maueröffnung an der Oppelner Straße in Berlin Schlange, um ihr Begrüßungsgeld abzuholen.

Quelle: Wikimedia

Kreuzberger Willkommenskultur 1989

Von *Leonard J.* · 9. November 2019

Zum 30-jährigen Jubiläum des Mauerfalls passiert in diesem Jahr vieles. Das Angebot an Literatur, Fernsehsendungen und Veranstaltungen aller Art ist reich. 30 Jahre sind keine kurze Zeit; man spürt förmlich, wie die wachsende Distanz zu einem historischen Ereignis die lebendige Erinnerung im kollektiven Gedächtnis der Gesellschaft Jahr für Jahr weiter verblassen lässt. Deshalb stehen wir im Jahr 2019 mehr denn je vor der Aufgabe, dem „Erinnerungsort 1989“ Farbe und Menschlichkeit zu verleihen. Eine stete Wiederholung der großen offiziellen politischen Ereignisse reicht nicht mehr.

Umdenken in der Geschichtsvermittlung

Viele Akteure aus der Erinnerungsarbeit und Geschichtsvermittlung haben in den vergangenen Jahren wegweisende Arbeit geleistet, indem sie vermehrt

konkrete menschliche Lebenswelten in Ost und West vor und um 1989 in den Fokus gerückt haben. An dieser Stelle möchte ich einen Beitrag dazu leisten, indem ich über einen persönlichen Bezug einen bisher weniger beachteten Teil des Bildes in den Blick nehme.

Der Mauerfall aus deutsch-türkischer Perspektive

Meine Schwiegereltern, die in den 1970er Jahren aus der Türkei nach Deutschland gekommen sind, waren bei den Geschehnissen um den 9. November 1989 hautnah dabei. Sie wissen noch heute Geschichten zu erzählen, die ganz neue Perspektiven auf die Ereignisse vor 30 Jahren eröffnen.

Ansässig in unmittelbarer Nähe des Schlesischen Tors in Kreuzberg, konnten sie vom Balkon aus auf den Grenzübergang Oberbaumbrücke blicken. Zu der Zeit war diese Gegend noch lange nicht jenes angesagte, hippe Kreuzberg, das man heute kennt. Damals gab es die Touristenströme ebenso wenig wie die vielen Cafés, die heute die Straßen säumen. Auch von der Gentrifizierung war noch nichts zu merken. In den düftig sanierten Altbauwohnungen, in denen viele sogenannte „Gastarbeiter“ wohnten, versammelte sich der ausgegrenzte Teil der Berliner Gesellschaft. Zum einen nicht sehr vermögend, zum anderen als ewige „Ausländer“ deklassiert, wurden die größtenteils türkischstämmigen Menschen hier mehr geduldet denn als Mitbürger akzeptiert.

„Neuankömmlinge“ werden begrüßt

Als sich am 9. November 1989 die Berliner Mauer öffnete und unzählige Menschen aus der DDR in den Westsektor strömten, verkehrten sich auf einmal die Verhältnisse. Nun waren die Kreuzberger „Türken“ nicht mehr am untersten Rand der Gesellschaft. Jetzt waren sie die Etablierten, diejenigen, die sich auskannten, Wohnungen und festes Einkommen hatten, häufig auch kleine Läden oder Restaurants besaßen. Meine Schwiegereltern erzählen gerne, wie sie damals gemeinsam mit vielen anderen türkischstämmigen Kreuzbergern an die „Neuankömmlinge“ Essen verteilten. Tatsächlich auch die mittlerweile zum Klischee gewordenen Bananen! Immer wieder habe ich auch von türkischstämmigen Restaurantbetreibern gehört, die an diesen Tagen kostenlos Essen an die „Neuen“ ausgegeben haben sollen.

Ein Beet für den Ostler

Ein neu aus Ost-Berlin herübergekommener Mann hatte damals meine Schwiegereltern dabei um Hilfe gebeten, sich eine neue Existenz aufzubauen. Er suchte unter anderem nach einer Möglichkeit, in der Nähe vom Schlesischen Tor ein kleines Beet für privaten Anbau von Obst und Gemüse anzulegen. Als Ortsfremder wusste er natürlich nicht, an wen er sich wenden sollte. Meine Schwiegereltern vermittelten ihm daraufhin ein kleines Gartenstück. Und noch heute bestellt jener Mann, den sie liebevoll auf Türkisch den „Ostler“ nennen, seine Parzelle.

Die Zivilgesellschaft springt ein

Am Abend des 9. November 1989 und an den darauffolgenden Tagen herrschte auf den West-Berliner Straßen vor allem eins: Chaos. Die Ereignisse hatten sich überstürzt und die Politik war schlichtweg nicht in der Lage, auf die Schnelle die benötigte Logistik bereitzustellen. So fiel dann die Aufgabe in weiten Teilen an die Zivilgesellschaft. Und an diesen Tagen zeigte sich: Nicht zuletzt jene an den Rand der Gesellschaft gedrängten „Ausländer“ waren eben diese Zivilgesellschaft!

Blick auf eine Berliner Lebenswelt

Fotografien aus jener Zeit vermitteln einen lebendigen Eindruck von der damaligen Lage. Auf dem Titelbild zu diesem Beitrag sieht man beispielsweise eine Schlange von DDR-Bürgern, die entlang der Oppelner Straße auf ihr Begrüßungsgeld warten. Im Vordergrund läuft eine vermutlich türkischstämmige Frau entlang – Berliner Lebenswelt, schon vor 30 Jahren!

Wenn wir diese Tage an die Entstehung eines neuen gesamtdeutschen Selbstverständnisses nach 1989 erinnern und viel von Zivilgesellschaft reden, sollten wir auch daran denken, dass das Versprechen des Aufbruchs, das mit 1989 verbunden ist, alle Mitglieder dieser Gesellschaft umfasst.



**Kinderkonferenzen geben
Kindern eine Stimme.**

Quelle: Pixabay

Kinderkonferenz: Demokratie in Kinderschuhen

Von *Larissa B.* · 14. Juni 2019

„Mama! Wie haben eine Kinderkonferenz!“

Ganz aufgeregt und stolz war mein Sohn heute, als ich ihn aus dem Kinderladen abgeholt habe. Seit ein paar Wochen wird „Partizipation“ dort großgeschrieben. Ein ganz schön schweres Wort, aber der Fünfjährige berichtet mir von den Aktivitäten, die er zusammen mit seinem kleinen Bruder und den anderen 30 Kindern zwischen einem und sechs Jahre erlebt, wie selbstverständlich. Dabei ist es das gar nicht so selbstverständlich, dass selbst die Kleinsten mit einbezogen werden, sich einbringen und mitbestimmen können.

Begonnen hat alles mit der Essensauswahl. Bei uns im Kinderladen wird selbst gekocht, etwas, dass wir Eltern sehr schätzen. Und das Beste, die Kinder können

nun selbst bestimmen. Jeden Freitag setzen sich die Kinder zusammen und stellen den Essensplan zusammen. Für jeden Tag sind zwei Kinder zuständig, ein Krippenkind (bis 3 Jahre) darf das Mittagessen bestimmen und ein größeres Kind (ab 3 Jahre) wählt das Frühstück aus.

Wer jetzt denkt, es gibt nun fünfmal die Woche Nutella-Brötchen zum Frühstück und Pommes zum Mittag, unterschätzt die Kinder gewaltig. Die wissen sehr wohl, dass auch Lachsbrötchen und Rosenkohlaufauf lecker sein können. Gleichzeitig lernen sie etwas über das Einkaufen – denn das machen sie nun manchmal auch und besprechen dabei die Themen Ernährung und saisonale und regionale Lebensmittel.

Ziel der Kinderkonferenz

Und nun gibt es eine Kinderkonferenz, regelmäßig wird diese stattfinden. An ihr nehmen alle Kinder ab 4,5 Jahren teil. Heute in der ersten Sitzung wurden die Vorsitzenden gewählt, ein Thema für ein Sommerprojekt bestimmt, weitere Projektideen gesammelt und Verbesserungswünsche für die Räumlichkeiten besprochen. Die Kinder erhalten so eine Möglichkeit der Mitbestimmung am Kita-Alltag. Sie können ihre Themen, Fragen, Ideen, Sorgen und Nöte einbringen. Gemeinsam werden Lösungen und Ideen gesucht und demokratisch abgestimmt. Zukünftig wird die Konferenz auch allen jüngeren Kindern regelmäßig berichten, was sie besprochen und beschlossen haben, und ein Feedback einholen, sodass alle einbezogen werden.

Als ich Anfang der 1980er Jahre in den Kindergarten ging, gab es so etwas nicht. Da durften wir erst trinken, wenn der Teller leer gegessen war. Damals mussten Kinder sich vor allem nach den Regeln der Erwachsenen richten. Was ihnen wichtig ist und welche Bedürfnisse sie haben, war eher selten ein Thema.

Ziel der Kinderkonferenz ist es nicht nur, dass die Kinder mehr wahrgenommen werden. Zudem sollen sie einen respektvollen Umgang und IHRE Rechte kennenlernen. Grundlage für diesen partizipativen Ansatz bilden die Kinderrechte. Kinderrechte?

Kinderrechte und Pädagogik

Alles begann mit der schwedischen Reformpädagogin **Ellen Key**, die 1900 das Jahrhundert des Kindes ausrief. Nach ihr setzten sich auch andere Pädagoginnen

und Pädagogen wie **Janusz Korczak**, **Alexander Sutherland Neill** und **Eglantyne Jebb** für die Kinderrechte ein. Im Laufe der Geschichte stieg das Interesse an den Rechten der Kinder. In kleinen Schritten bekamen sie immer mehr Bedeutung. Das führte dazu, dass auch auf internationaler Ebene im Rahmen von völkerrechtlichen Verträgen der Schutz und die Wahrung der Kinderrechte geregelt wurden.

Gerade mit der Kinderladenbewegung in der Bundesrepublik der 1970er Jahre wurde das Thema hierzulande wieder stärker präsent. Die UN-Konvention über die Rechte des Kindes gilt in Deutschland seit 1992: <https://www.kinderrechte.de/kinderrechte/un-kinderrechtskonvention-im-wortlaut>



Uta Leichsenring.

Quelle: Privat

Uta Leichsenring – Demokratie in Ostdeutschland nach 1989 etablieren

Von *Henri R.* · 14. Dezember 2020

Als der Innenminister von Brandenburg Alwin Ziel Ende 1990 auf Uta Leichsenring zukam und sie fragte, ob sie sich vorstellen könnte, Polizeipräsidentin zu werden, erhielt er erstmal keine Antwort. Leichsenring, so erzählt sie es später, war ziemlich überrumpelt von Ziels Anliegen. Freunde rieten ihr dazu, die Position anzunehmen, doch sie zweifelte. Eine Volkspolizei zu reformieren, die zuvor als Teil des Repressionsapparats die Herrschaft der SED-Diktatur sicherte, das würde schwer werden. Dazu brach sich in vielen Teilen der ehemaligen DDR eine häufig offen rassistisch motivierte Gewalt Bahn; Jugendgruppen wähten sich in den unübersichtlichen Wendejahren in einer rechtsfreien Zeit, diffuse Ressentiments nahmen Gestalt an in der abermalig brutalen Ablehnung vom imaginierten Fremdem.

Viele Wochen vergingen, bis feststand, dass sie mitmachen würde. Schlussendlich sagte sie dem Innenminister doch zu, der sie am 01.07.1991 zur ersten Polizeipräsidentin des neu geschaffenen Landespräsidiums Eberswalde ernannte. Warum entschied sich Uta Leichsenring für diese Herausforderung und warum war gerade „eine wie sie“ die Richtige dafür?

Mangelnde Qualifikation oder besondere Eignung?

Für eine Frau, die weder eine Ausbildung als Polizistin noch Juristin vorzuweisen hatte, war das keine selbstverständliche Entscheidung. In der Regel bringen Kandidaten für das Amt mindestens eine der genannten Qualifikation mit. In ihrem früheren Leben war sie gelernte Facharbeiterin für Datenverarbeitung und Ökonomin für Organisation und Datenverarbeitung. Zudem stand Leichsenring als ehemalige Bürgerrechtlerin für eine Weile auf der anderen Seite.

So ähnlich könnten das zumindest manche Mitglieder der ehemaligen Volkspolizei in Eberswalde empfunden haben: Kurz nach dem Zusammenbruch der DDR ernannte man sie zur Beauftragten eines Parlamentarischen Sonderausschusses, der die Auflösung des Ministeriums für Staatssicherheit im Bezirk Potsdam kontrollieren sollte. Doch dieser Widerspruch scheint nur auf den ersten Blick überzeugend. Tatsächlich, so könnte man sagen, war es ihr Mangel an den oben genannten Qualifikation, der sie für das Amt prädestinierte. In einer Zeit, in der für viele Jahrzehnte große Teile der DDR-Gesellschaft in der Polizei nicht den „Freund und Helfer“, sondern den verlängerten Arm einer systematisch unterdrückenden und manchmal willkürlich auftretenden Staatsmacht sahen, brauchte es jemanden von außerhalb dieser Strukturen.

Besondere Zeiten, heißt es trivial, erfordern eben besondere Maßnahmen. Um das in Scherben liegende Vertrauen zwischen Exekutive und Bevölkerung neu zu beleben schien es offenkundig geboten, Führungskräfte in zivil an die Spitze zu stellen. Positiv ausgedrückt war es Leichsenrings Engagement in der Konfrontation mit eben jenem (ehemaligen) Machtapparat, der ihr frühe Erfahrungen brachte und sie als geeignete Führungskraft für ein im Umbau begriffenes, neu geschaffenes Polizeipräsidium empfahl.

Stasi-Auflöserin und Polizeipräsidentin

Eher zufällig, schrieb die Berliner Zeitung 1994 über Uta Leichsenring, sei sie an die Stellung in der Bürgerkommission zur Auflösung des Ministerium für Staats-

sicherheit gelangt. Die Kommissionen hatten sich im Dezember 1989 mehrfach gegründet als bekannt geworden war, dass Geheimdienstmitarbeiter seit Wochen mit Hochdruck Aktenvernichtung betrieben. Eigenmächtig besetzten Bürger daraufhin die Dienststellen der Staatssicherheit und richteten Vertretungen ein, um die Abwicklung der Behörde zu kontrollieren. Leichsenring war seit ihrer Jugend politisch interessiert, aber nicht in Vereinen oder Organisationen aktiv. Eine Freundin bat sie aus Zeitnot statt ihr an dem ersten Treffen der Bürgerkommission teilzunehmen. Daraufhin wird sie Mitglied der Kommission, die sie jedoch schnell wieder verlässt – Altkader der Stasi hatten diese infiltriert. Das alte System, das sollte ihr zu Beginn ihrer Arbeit als Polizeipräsidentin deutlich werden, tritt nicht einfach von heute auf morgen ab.

Uta Leichsenring entschließt sich trotzdem noch einmal Verantwortung zu übernehmen. Im Frühwinter 1990 beauftragt die Volkskammer Joachim Gauck mit der Leitung der anstelle der Bürgerkommission neu gegründeten Behörde. Gauck wirbt Leichsenring für die Leitung der Potsdamer Außenstelle an, die sie daraufhin ab dem Frühjahr 1990 für knapp ein Jahr leitet. Hier tritt sie als engagierte Reformerin auf, was Alwin Ziel wohl dazu bewog, sie für die Stelle in der Eberswalder Polizei vorzuschlagen.

Eine falsch verstandene Freiheit

Die Herausforderungen, auf die sie bei ihrem Amtsantritt trifft, waren überwältigend. Zum einen war da die Kriminalität: Seit Monaten mehrten sich die Meldungen zu gewalttätigen Ausbrüchen und rassistischen Angriffen. Die Freiheit der noch nicht etablierten demokratischen Ordnung, sie wirkte für manche zunächst wie ein rechtsfreier Raum. Der Zusammenbruch der alten Ordnung war in Teilen Ostdeutschlands wie ein Katalysator für Gewaltphänomene und Radikalisierung, besonders bei jungen Menschen.

In Eberwalde starb im Dezember 1990 der angolische Vertragsarbeiter Amadeo Antonio, nachdem eine Gruppe diffus rechtsradikaler Jugendlicher ihn elf Tage vorher brutal zusammengeschlagen hatte. Die Gruppe war zuvor unter den Augen der Polizei marodierend durch die Stadt gezogen. Dann nahm sie offen auf die Afrikanische Gemeinschaft Ziel, die sich an diesem Abend in einem Gasthof am Stadtrand getroffen hatte.

Diesen Mord, betont Leichsenring später, hätte man verhindern können. Polizisten griffen nicht ein, obwohl sie aus nächster Nähe beobachteten, wie Amadeus

Antonio zusammengeschlagen wurde. Teils aus Überforderung, teils aus Unsicherheit habe das alte Polizeisystem so rassistische Gewalt eruptieren lassen.

Der Neuaufbau

Demokratie und demokratisches Handeln, das gilt grundsätzlich, müssen erlernt; die ermöglichenden Strukturen dafür aber zuerst aufgebaut werden. Eine innere Neuausrichtung hin zu demokratischen Grundsätzen war deshalb nötig. Vertrauen zur Bevölkerung musste aufgebaut werden, besonders bei denen, die Schutz in dieser Zeit am dringlichsten brauchten.

Denn die frühen rechtsextremen Ausbrüche schienen sich im Laufe der 1990er Jahre zu verfestigen. Republikaner und die NPD gründeten Netzwerke, versuchten Jugendliche in ihre Gefüge einzubinden und ihrer diffusen Rechtsorientierung und allgemeinen Ablehnung Andersdenkender in ein festeres ideologisches Korsett zu stecken. Neben der Aufgabe, parteiliche Strukturen aufzubauen, organisierten sie Rechtsrockkonzerte und Sommercamps.

Die Zivilgesellschaft sah diesen Entwicklungen oft rat- und tatenlos zu. Rechte Demonstranten besetzten die Marktplätze der Region oder bauten sich zu Drohkulissen vor Flüchtlingsheimen auf. Leichsenring konzentrierte sich deshalb neben dem Umbau der Polizei selbst auch auf die Schaffung von festen Kommunikationsbändern mit der Zivilgesellschaft. Die Flüchtlingsheime mussten unbedingt mit den Revierdienststellen verbunden werden. Die Bürgermeister und Aktivisten über Grundsätzliches wie das Versammlungsrecht aufgeklärt werden. Durch Vereinsaufbau und Vernetzung sollte die zivilgesellschaftliche Gegenwehr gestärkt werden.

In der Polizei setzte sie auf Weiterbildung und Ausbildungsmaßnahmen, um eine Sensibilität und Problembewusstsein für Rassismus durchsetzen. Sie ließ spezielle polizeiliche Ermittlungsstrukturen, die sich nur mit Prävention und Verfolgung von rechtsextremen, antisemitischen und rassistischen Straftaten befassten, schaffen. Zudem war es nötig, hermetische und stark hierarchische Strukturen zu brechen, um Corps-Geist und falsch verstandene Solidarität zu beseitigen.

Letztlich, das betonte Leichsenring später, war das dringlichste Credo des demokratischen Neuaufbaus auf jeder Ebene Möglichkeit und Voraussetzung zur Vorbildwirkung zu schaffen. Sie selbst nutzte die Macht ihrer Funktion, die sie als Verantwortung verstand, und ging mit starkem Vorbild voraus.



**Demokratie
gestalten, leben und
weiterentwickeln**

Da wir (immer noch) in einer Demokratie leben, wird der Fundus der Demokratiegeschichte in Deutschland Jahr für Jahr größer – und das ist gut so. Es gibt also viele Geschichten von Menschen, die in einer Demokratie gelebt haben oder noch leben.

In der deutschen Geschichte bieten sich vor allem folgende Zeitabschnitte für eine tiefere Betrachtung des Lebens in einer Demokratie an:

- 1919–1933: Weimarer Republik
- 1949–1989: Bundesrepublik Deutschland
- 1989/90 bis heute: Bundesrepublik Deutschland nach Friedlicher Revolution und Wiedervereinigung

Zum Gestalten gehören ein funktionsfähiger Staat wie auch Bürgerinnen und Bürger, die bereit sind, sich für das Gemeinwohl einzusetzen:

- Übernahme von Wahlämtern in der repräsentativen Demokratie
- Handeln von Staatsbediensteten im Sinne der Demokratie
- Engagement und gemeinnützige Arbeit

Zum Leben gehört:

- Umsetzen demokratischer Prinzipien im Alltag, etwa in Schulen, im Arbeitsumfeld, in der Freizeit oder der Familie

In der DDR blieb es den Menschen verwehrt, eine Demokratie in ihren Institutionen zu gestalten. Wohl aber gab es demokratisches Engagement Einzelner oder von Gruppen für das Gemeinwohl. Menschen versuchten, demokratische Prinzipien zu leben. Letztlich blieben die Möglichkeiten aber unter den Bedingungen einer Diktatur begrenzt. Demokratisches Engagement gelangte in den Fokus der Überwachung und wurde unterdrückt. Manche Menschen, die Demokratie leben wollten, zogen sich zurück, andere versuchten, nicht aufzufallen. Wieder andere entschieden sich, für ihre Überzeugungen zu kämpfen.

Weiterentwickeln bedeutet, sich nicht auf dem Status quo auszuruhen. Demokratie ist Entwicklung. Unsere heutigen Vorstellungen und Erwartungen sind nicht identisch mit denen von Menschen vergangener Zeiten. Zwar können Kernelemente in einer Verfassung fixiert werden, die das Ergebnis eines demokratischen Prozesses ist. Die Auslegung und Weiterentwicklung in der Praxis

aber ist veränderbar. Demokratie bedeutet, dass um politische Vorstellungen und Konzepte gerungen wird und sich daraus auch Veränderungen ergeben.

Zur Weiterentwicklung gehören:

- Menschen, die das, was sie gut können, intensivieren und damit ihre Potenziale für das Wohl aller einbringen
- Menschen, die sich am Fehlerhaften und Nicht-Erreichten reiben. Ihre Kritik und ihr Protest sind ein Motor für die Weiterentwicklung der Demokratie.

Eine lebendige Demokratie ist die beste Art des Verfassungsschutzes. Wo engagierte Bürgerinnen und Bürger den Marktplatz bevölkern, bleibt wenig Raum für jene, die der Demokratie entgegenstehen.



Blick in die Lesehalle Charlottenburg.

Quelle: Wikimedia

„Wissen muss, soll es sich mehren, teilbar sein.“

Von *Katja M.* · 11. Juni 2019

googeln [ˈguːɡl̩n], schwaches Verb, häufige Nutzung

Das Leben in einer Informationsgesellschaft ermöglicht uns den Zugriff auf eine Fülle von Infos mithilfe der modernen Medien. Und das rund um die Uhr. Ob ich die neue Single meiner Lieblingskünstlerin hören will, ein Rezept für das Abendessen heraussuchen möchte oder noch schnell etwas für das anstehende Referat recherchieren muss – Google liefert mir Antworten. Und das sekunden-schnell. Die voranschreitende Digitalisierung wirkt sich auch auf das Bibliotheks-wesen aus. Das Zusammenwirken von Menschen und Technologien innerhalb von Informations- und Wissensprozessen ist in unserem Alltag fest verankert.

Wann und warum waren Sie eigentlich das letzte Mal in einer Bibliothek?

Ich vermute, die meisten leihen sich höchstens dann und wann mal einen Roman zur Unterhaltung aus. Klar, wenn ich am heimischen Rechner oder gar

mobil am Smartphone alle Informationsbedürfnisse erfüllen kann – warum sollte ich dann mit meinen Fragen in die Bibliothek kommen?

Auf Instagram werden unter [#letmelibrarianthatforyou](#) genau solche Fragen gesammelt, die Bibliothekar*innen heute nur noch selten gestellt werden. Eigentlich schade, denn die sind wirklich unterhaltsam. Mein persönlicher Favorit:

„Why do 18th century English paintings have so many squirrels in them, and how did they tame them so that they wouldn't bite the painter?“

Tiere scheinen überhaupt ein großes Mysterium gewesen zu sein, wie eine weitere Frage aus dem Jahr 1967 beweist:

„[Question:] ,What is the natural enemy of a duck?‘ [Librarian:] ,What do you mean?‘ [Reply:] ,Well, a whole flight of them landed in my pool and I have waved a broom at them but all they do is look at me and quack. I thought I could introduce the natural enemy into the pool area.“

Die vier Grundfunktionen einer öffentlichen Bibliothek

Doch auch heute dienen Bibliotheken nicht nur der Ausleihe von Büchern.

Öffentliche Bibliotheken erfüllen **vier Grundfunktionen**:

Zunächst haben sie eine **Bildungsfunktion**. Möglicherweise haben Sie selbst schon einmal Werbung für eine Veranstaltung zur Leseförderung oder der Vermittlung von Informationskompetenz in Ihrer Bibliothek gesehen. Die **kulturelle Funktion** wird zum Beispiel durch Leseveranstaltungen, Konzerte und die Vermittlung von Medien zu Unterhaltungszwecken erfüllt. Öffentliche Bibliotheken setzen sich außerdem für die Inklusion von Migrant*innen und Minderheiten ein, unterstützen Benachteiligte und bieten allen Bürger*innen einen lokalen Treffpunkt. Dadurch erfüllen sie auch eine **soziale Funktion**. Demokratie- und Partizipationsförderung sowie die Sicherstellung einer informationellen Grundversorgung gehören zum vierten Handlungsfeld: der **politischen Funktion**. Zur dieser gehören außerdem Bemühungen um Pluralismus und die Neutralität des Medien- und Informationsangebotes. Das bedeutet, dass der Bestand und die weiteren Informationsangebote konkurrierende Auffassungen ohne Parteinahme präsentieren.

Eduard Rosenthal

Diese politische Funktion ist in meinen Augen besonders wichtig. Und das nicht nur heute, sie war es auch schon im 19. Jahrhundert. Dietmar Ebert hält durch seine Publikation „Eduard Rosenthal. Ein Charakterporträt“ die Erinnerung an einen wichtigen Akteur der „**Bücherhallen-Bewegung**“ wach. Rosenthal wird als „Vater“ der ersten demokratischen Verfassung des Freistaates Thüringen vorgestellt, als Sozial- und Bildungspolitiker sowie Modernist.

„Wissen muss, soll es sich mehren, teilbar sein.“

Dietmar Ebert (2018): Eduard Rosenthal. Ein Charakterporträt, 1. Aufl., edition AZUR, Dresden, S. 29.

Obwohl es schon erste öffentliche Bibliotheken in Deutschland gab, orientierte sich die Bücherhallenbewegung an der amerikanischen und englischen public library. Die Bücherhalle ist eine Verbindung zwischen einer Ausleihbibliothek und einer Lesehalle. Die Bewegung wurde hierzulande maßgeblich durch **Constantin Nörrenberg** geprägt und folgte dem Ansatz, jedem einen individuellen Zugang zu der Bildung zu gewähren, die er oder sie benötigt.

In den 1890er Jahren erlebte die Bewegung einen Aufschwung. Durch die Förderung der Carl-Zeiss-Stiftung konnte auf Anregung von **Ernst Abbe** 1896 auch in Jena eine Lesehalle eröffnet werden. Rosenthal führte diese ganze 30 Jahre lang, bis zu seinem Tod. Die Kulturinstitution bot die unentgeltliche und freie Wahl des Lesestoffs, der paritätisch ausgerichtet war. Das bedeutet: Von ganz rechts bis ganz links waren verschiedenste Lektüren zu finden. Daran störten sich unter anderem der Weimarer Großherzog und Jenas damaliger Oberbürgermeister. Doch Rosenthal sah die Lesehalle als ein großes sozial-volksbildnerisches Werk und als ein praktisches Beispiel dafür, wie Demokratie im Kleinen funktioniert. Jeder konnte nach seinen Kräften, seinem finanziellen, sozialen und geistigen Vermögen einen Beitrag zu einem gemeinsamen Werk leisten. Sie war außerdem ein Ort zur Einübung eines demokratischen Diskurses sowie eines daraus erwachsenden Toleranzverständnisses gegenüber Andersdenkenden.

Erinnerung an Rosenthal

Dietmar Ebert zeichnet das Leben des jüdischen Juristen nach und schafft ihm einen Platz im kulturellen Gedächtnis. Neben dessen Teilhabe an der Vorbildfunktion der Jenaer Lesehalle Anfang des 20. Jahrhunderts für solche Einrichtungen in ganz Europa kommt Ebert auf zahlreiche weitere Verdienste Rosenthals

zu sprechen. Sein starkes soziales Engagement und die eindrückliche Überzeugungs- und Tatkraft gehören zweifellos ebenso erinnert.

Doch nicht nur Ebert erinnert an den Wissenschaftler, Politiker und Kulturmenschen Rosenthal. 2018 wurde seinem Gedenken der Botho-Graef-Kunstpreis gewidmet, woraufhin sechs Künstler*innen und ein Künstlerduo Entwürfe erstellten. Durch ihre künstlerischen Arbeiten sollte die Lücke eines verschwundenen Bildnisses seiner Person thematisiert und sein vielfältiges Engagement sichtbar werden. Zum **Siegerentwurf** wurde dann das dezentrale Denkmal von **Horst Hoheisel und Andreas Knitz** gekürt. In Zukunft werden Löcher in den Wänden verschiedener Gebäude neugierige Passanten dazu einladen, hindurch zu spähen. Die Gravur auf einer eingelassenen Linse erinnert an Rosenthals Wirken an diesem Ort. Also halten Sie bei Ihrem nächsten Besuch in Jena und Umgebung die Augen offen.



Lore Maria Peschel-Gutzeit,
Heinrich Böll Stiftung, 2010.

Quelle: Stephan Röhl

Mächtig was los. Lore Maria Peschel-Gutzeit

Von *SEITEN:BLICK* · 31. März 2020

„Frau H.“, so nennt Lore Maria Peschel-Gutzeit jene Frau in ihrer Autobiografie **„Selbstverständlich gleichberechtigt“**. Wie sie selbst ist Frau H. Mitte der 1960er Jahre Richterin am Hamburger Landgericht. Eine gute und angesehene Richterin, betont Peschel-Gutzeit. Eine Tages kam die Kollegin auf sie zu: „Frau Peschel, ich verabschiede mich, von nun an werde ich zu Hause bei den Kindern sein.“ Erst kürzlich hatte die Kollegin ihr drittes Kind bekommen. Aufgrund einer Behinderung brauchte es viel Zuwendung. So viel Aufwand für Kinder war jedoch für Richterinnen nicht vorgesehen. Peschel-Gutzeit, selbst bereits Mutter, leuchtete der Wunsch ein, für das Kind da zu sein. Eine Frage aber blieb: Warum gibt die Kollegin ihren Beruf gleich ganz auf?

Hergebrachte Grundsätze des Berufsbeamtentums

Zu den sogenannten hergebrachten Grundsätzen gehörte, dass Beamte hauptberuflich und auf Lebenszeit beschäftigt sind. Bekamen Beamtinnen, Richterinnen oder andere Beschäftigte im öffentlichen Dienst Kinder, konnten sie damals also keine Beurlaubung beantragen. Auch Teilzeit kam nicht infrage. Es entsprach nicht den „hergebrachten Grundsätzen des Berufsbeamtentums“. Beamtinnen, die sich um ihre Kinder kümmern wollten, mussten gehen – für immer. Sie hatten keine andere Wahl. Rückkehr war nicht vorgesehen. Auch die Hamburger Richterin Frau H. musste um Entlassung aus dem Staatsdienst bitten. Damit stand sie beruflich vor dem Aus.

Der Kampf beginnt

Lore Maria Peschel-Gutzeit war außer sich. Wie konnte es sein, dass der Staat seine menschlichen Ressourcen derart verschwendete? Und sie beschloss, das zu ändern. Die damals Anfang-30-Jährige nahm den Kampf auf. Sie suchte Mitstreiterinnen, hielt Vorträge und setzte sich mit Kolleginnen zusammen. Innerhalb des Deutschen Juristinnenbundes gründete sie eine Kommission zum Beamtenrecht. Gemeinsam analysierten sie die Lage und suchten nach Auswegen. Das Ziel war die Vereinbarkeit von Staatsdienst und Kinderbetreuung. Im Klartext bedeutet das eine gesetzlich garantierte Möglichkeit der Teilzeitarbeit und des Familienurlaubes für Beamtinnen und andere Beschäftigte im öffentlichen Dienst. Sie stieß auf Widerstand – vor allem von männlichen Kollegen.

„Lex Peschel“

Die junge Richterin ließ sich nicht beirren. Sie erarbeitete einen Gesetzestext. Im Bundestag fand sie Verbündete. Frauen aller Fraktionen (damals CDU/CSU, SPD und FDP) unterstützten die Initiative. Ein fraktionsübergreifender Gruppenantrag aus der „Mitte des Hauses“ wurde im Bundestag eingebracht und 1968 beschlossen. 1969 und 1970 führten nach und nach alle Bundesländer die Teilzeitarbeit sowie den Familienurlaub für Beamtinnen und Richterinnen ein. Und auch Frau H. kehrte später in den Richterberuf zurück.

Das **Gesetz § 92 des Bundesbeamtengesetzes**, das Lore Maria Peschel-Gutzeit damals durchsetzte, heißt deshalb unter Kollegen „Lex Peschel“. Sie selbst hat es nie in Anspruch genommen, obwohl sie drei Kinder hat.

Lore Maria Peschel-Gutzeit – Rechtsanwältin, Richterin, Rechtswissenschaftlerin und Politikerin

Geboren wurde Lore Maria Peschel-Gutzeit 1932 in Hamburg. Als sie 1951 mit dem Jurastudium beginnt, ist das eine ungewöhnliche Entscheidung für eine junge Frau. Aber sie hat ihre Gründe. Denn mit dem Zusammenbruch des Nationalsozialismus wird ihr vor Augen geführt, in was für einem Regime sie aufgewachsen ist. Sie erfährt, wie die Bevölkerung getäuscht wurde. So eine Täuschung will sie nicht noch einmal mitmachen. Sie beschließt für sich, sie will es genau wissen: Wie kann ich eine Staatsverfassung nachprüfen? Wie kann ich Gesetze prüfen? Nur indem man lernt, mit der Rechtswissenschaft umzugehen.

Persönlich hat Peschel-Gutzeit vieles erreicht, was für Frauen ihrer Generation unerreichbar schien. In den 1950ern arbeitete sie in einer der ersten von Frauen geführten Kanzleien Deutschlands. Später wurde sie – damals noch eine kleine Sensation – Richterin in Hamburg. In den 1970er Jahren war sie Vorsitzende des Deutschen **Juristinnenbundes**. Der großen Öffentlichkeit wurde Peschel-Gutzeit 1991 als **Justizsenatorin in Hamburg** bekannt, dann in Berlin und später noch einmal in Hamburg. Heute arbeitet sie als Rechtsanwältin in Berlin.

Auch während ihrer Tätigkeit als Justizsenatorin legte Peschel-Gutzeit ihren Schwerpunkt auf die rechtliche Durchsetzung der im Grundgesetz verankerten Gleichberechtigung von Mann und Frau.

Frauen schaffen, was Männer schaffen – die Erfahrung der Zeit

„Ich komme aus einer Familie, die bereits emanzipiert war, als man das Wort noch gar nicht aussprach.“

Interview Lore Maria Peschel-Gutzeit, SWR2, 9. Februar 2019

Ihre Großmutter leitete jährlich über mehrere Monate die Fabrik, wenn ihr Mann in Übersee war. Auch ihre Mutter und ihre Tante machten Abitur und studierten. Zur damaligen Zeit war das nicht üblich. Peschel-Gutzeits Feminismus ist geprägt von Pflicht und Leistung der Kriegsjahre. Während ihr Vater an der Front war, halfen ihre Mutter, sie und ihre Schwester sich selbst. Der Hunger

und die Kälte trieben sie – vom Kohlestehlen von fahrenden Zügen bis zu Steinklopfen nach dem Krieg im zerstörten Hamburg für Lebensmittelkarten.

Die Frauen, die Peschel-Gutzeit beeindruckten, waren Abenteurerinnen. Es waren Frauen wie die Pilotin Elly Beinhorn mit ihren Afrikaflügen in den 1930er Jahren oder die Automobilpionierin Bertha Benz. Sie selbst ist in den 1970er Jahren Rallyes gefahren. Zweimal gewann sie.

„Lex Peschel“ – damals eine Errungenschaft für Frauen, heute ein ganzer Sieg für die Familie

Bis heute hat die „Lex Peschel“ eine besondere Bedeutung. Denn erst nach ihrer Einführung konnten zum Beispiel auch Lehrerinnen in Familienurlaub oder Teilzeit gehen – heute eine kaum zu erwähnende Normalität. Später wurde das Gesetz erweitert, sodass es heute auch männlichen Beamten das Recht auf Teilzeitarbeit und Familienurlaub ermöglicht. Ebenfalls in Folge des „Lex Peschel“ wurde der Anspruch auf Teilzeitarbeit für alle Angestellten festgelegt, auch in Wirtschaftsunternehmen. Und selbst die gesetzlich gewährte Elternzeit, bis 2001 „Erziehungsurlaub“, für jedes Elternteil in Deutschland, steht in Zusammenhang mit der „Lex Peschel“.

Wer noch mehr über Lore Maria Gutzeit-Peschels Leben und ihre Gedanken zur aktuellen Politik wissen möchte, dem sei empfohlen:

„So was macht man mit einem Mann nicht“, ein ausführliches Interview mit Lore Maria Peschel-Gutzeit in der Deutschlandfunk-Sendereihe Zeitzeugen im Gespräch vom 27. Februar 2020.



Hungerstreik gegen die Notstandsgesetze vor dem Bremer Dom im Mai 1968.

Quelle: Wikimedia

Notstandsgesetze und APO

Von *Annalena B.* · 27. März 2020

Frühlingsbeginn, Sonnenschein, erste Blumen: normalerweise perfekt für einen Spaziergang oder ein erstes Picknick. Doch in Zeiten von Kontaktsperre und Virus ist manchem möglicherweise etwas unwohl beim Rausgehen. Wie wäre es also mit einer kleinen Zeitreise? Begeben wir uns doch mal 52 Jahre zurück, ins Jahr 1968. Da sollte an einem kleinen Picknick mit Familie und Bekannten im Stadtpark doch nichts auszusetzen sein, oder?

Gut gelaunt begeben wir uns also zur nächsten Grünfläche, breiten unsere Decke aus und genießen die Sonne auf der Haut. Doch kaum haben wir den Rasen betreten, kommt auch schon ein Parkwächter an und verweist uns des Platzes. Wie wir denn auf die Idee kämen, uns hier niederzulassen? Das sei höchst ungehörig!

Übertrieben? Das war doch bestimmt nicht überall so! Möglich. Aber eine Seltenheit wäre der Vorfall auch nicht gewesen. Joschka Fischer, ehemaliger Grünen-Politiker, Vize-Kanzler, Außenminister und 1968 gerade 20 Jahre alt, berichtet:

„Wenn Sie damals im Stuttgarter Schlossgarten auch nur den großen Zeh auf den Rasen gesetzt haben, kam innerhalb von Minuten garantiert einer, der Sie angeherrscht hat. „Könnd Se net sähe, des isch verbode!“

<https://www.isioma.net/sds120730.html>

Unter den Talaren, Muff von 100 Jahren!

Bis in die 1960er Jahre galt die westdeutsche Gesellschaft als autoritär, konservativ und zurückgezogen. Politische Mitbestimmung oder politisches Engagement außerhalb eines Amtes? Fehlanzeige! Hier bestimmten die Frauen und Männer, die den Weg in die Politik über Ämter und Mandate gefunden hatten. Fragen der jüngeren Generation über das, was die Älteren während der NS-Zeit getan hatten? Wurden entweder nicht gestellt oder abgewehrt und ignoriert.

Doch ab Mitte der 1960er Jahre wirbelten die jungen Menschen die Gesellschaft durcheinander. 1967 begann die große Zeit der Studentenbewegung, in fast allen westdeutschen Universitätsstädten gab es Streiks und Proteste. Häufig richteten sich diese gegen den amerikanischen Einsatz in Vietnam oder die Unterstützung autoritärer Regime in der „Dritten Welt“.

Aber auch das Schweigen über die NS-Zeit und die teils personelle Kontinuität wurden heftig kritisiert. Ein Beispiel für die unzulängliche Vergangenheitsbewältigung, die gerade die Studierenden kritisierten, sahen sie in Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger. Seit 1933 NSDAP-Mitglied, war Kiesinger zudem Mitarbeiter im Auswärtigen Amt und stellvertretender Leiter der Rundfunkpolitischen Abteilung gewesen. Seine NS-Vergangenheit wurde während seiner Kanzlerschaft wiederholt Thema öffentlicher Debatten. Zuletzt im November 1968, als ihn Beate Klarsfeld, eine deutsch-französische Journalistin, auf einem CDU-Parteitag mit den Worten „Nazi! Nazi! Nazi!“ ohrfeigte.

Äußerlich wie innerlich grenzten sich die jungen Leute ab. Lange Haare bei Männern und Frauen, zerrissene Jeans und Miniröcke, Kommunen und neue Formen des Zusammenlebens, sexuelle Revolution – Provokation wurde

bewusst gelebt. Das Verhalten der Jüngerer stieß bei vielen Älteren auf Unverständnis. Ende der 1960er Jahre gab es das, was wir ansatzweise heute auch wieder spüren: einen Generationenkonflikt.

Die Notstandsgesetze

In dieser Atmosphäre wurden 1968 die Notstandsgesetze verabschiedet. Sie sollten die Handlungsfähigkeit des Staates in Krisensituationen sichern. Zu diesem Zweck wurden im Grundgesetz 20 Änderungen vorgenommen und eine Notstandsverfassung eingesetzt. Mit Erlass der Gesetzgebung erloschen zudem einige Sonderrechte der Alliierten in Westdeutschland.

Schon seit 1958 wurde um deren Entwurf gerungen, mehrmals scheiterte die Durchsetzung im Parlament. Erst unter der Regierung der ersten großen Koalition war es möglich, die Gesetzgebung durchzubringen. Trotzdem herrschte unter den Politiker*innen bei Weitem keine Einigkeit. Während die Befürworter*innen der Gesetze argumentierten, diese würden dem Bundestag im Krisenfall mehr Handlungsfreiheit geben, befürchteten die Gegner*innen einen Machtverlust des Parlaments.



Transparente am Architektur-Gebäude der TU Berlin im Protest gegen die Verabschiedung der Notstandsgesetze

Quelle: Wikimedia

Und noch eine Befürchtung einte die Skeptischen. Parteiübergreifend verband sie die Sorge, dass sich durch die Notstandsgesetze Geschichte wiederholen könnte. Die Entrechtung und Kontrolle der Bürgerschaft, die im Notstand möglich wäre, assoziierten viele mit dem **Ermächtigungsgesetz** von 1933. Das hatten damals Nationalsozialisten ausgenutzt, um zahlreiche Entrechtungen vorzunehmen und die Gleichschaltung voranzutreiben.

Doch der Streit um die Notstandsgesetze blieb nicht auf das Parlament beschränkt. Studierende, Auszubildende, Gewerkschaften – zahlreiche Bürger*innen taten sich zur Außerparlamentarischen Opposition (APO) zusammen. Durch die Notstandsgesetze geriet eine Gesellschaft in Bewegung, die, was politische Beteiligung anging, lange Zeit stillgestanden hatte. In Parks, auf Plätzen und auf der Straße: Es wurde diskutiert, es wurde gestritten und es wurde gerungen. Vielen Bürger*innen wurde bewusst, dass Politik kein Elitenprojekt war. Dass sie, wenn sie sich durch Politiker*innen nicht vertreten fühlten, selber aktiv werden mussten. Und dass sie Möglichkeiten finden und schaffen konnten, um sich politisch zu beteiligen.

Gesellschaft in Bewegung

Natürlich hatte es schon in den Jahren zuvor Bewegungen, etwa die Studentenbewegung, gegeben, die für ihre Anliegen Raum einforderten. Aber nie zuvor – und nur selten danach – hat in der alten Bundesrepublik eine Bürgerbewegung so entschlossen Platz in der Öffentlichkeit besetzt und für sich beansprucht wie die APO. Der Protest gegen die Notstandsgesetze ließ allein im Frühjahr 1968 Zehntausende in Bonn und anderen westdeutschen Städten auf die Straße gehen. Es war der Höhepunkt dessen, was wir heute als 68er-Bewegung bezeichnen.



Die „Fridays for Future“- Demonstration
vorm Wirtschaftsministerium.

Quelle: Leonard J.

Der junge Kampf fürs Klima

Von *Leonard J.* · 30. Januar 2019

Die Temperaturen liegen merklich unter null, die Menschen auf der Straße sind in dicke Winterjacken gehüllt, doch die Teilnehmer*innen an der „Fridays for Future“-Demonstration haben sich davon nicht abhalten lassen. In einem schier unablässigen Strom ziehen die Massen an jungen Menschen über die Invalidenstraße Richtung Bundeswirtschaftsministerium. Ihr Antrieb: der Klimaschutz.

Freitage für die Zukunft

Viele von ihnen sind an diesem Freitagmittag extra aus Freiburg angereist, nicht wenige bleiben dem Schulunterricht fern. Wie schon an so vielen Freitagen zuvor, an denen in den vergangenen Monaten unter dem Motto „Fridays for Future“ zum Schulstreik aufgerufen wurde, tun die Schüler*innen ihren Frust

über die gegenwärtige Klimapolitik kund. Denn, so ihr Argument: Es ist ihre Zukunft, die beim Klimawandel auf dem Spiel steht.

Man kann auf der Demonstration vor allem eines miterleben: Politisierung. Die Politisierung junger Menschen, die ihr demokratisches Recht wahrnehmen, ihre Meinung zu sagen und an der Politik teilzuhaben. Wie so häufig in Sonntagsreden und Leitartikeln betont, ist dieser Geist das Rückgrat der Demokratie. Hier kann man es in Echtzeit miterleben.

Partizipation erfordert so gut wie immer einen gewissen Mut, eine Energie, um die Schwelle vom gemütlichen Lehnstuhl daheim hin zur Straße überwinden zu können. Gerade an einem eisigen Tag wie diesem wird das besonders deutlich. Die Alternative, nichts zu tun und „die Politiker mal machen zu lassen“, besteht immer. Demokratie funktioniert nicht von selbst.

Der Einbruch der Generationenfrage

Die jungen Demonstrant*innen vor dem Wirtschaftsministerium verkörpern dabei jedoch noch etwas anderes: die Frage der Generationengerechtigkeit. Schließlich werden sie es sein, so haben sie auf ihren Plakaten geschrieben, die die Folgen der herannahenden Klimakatastrophe spüren werden. Viele von ihnen sind noch unter 18 Jahren, **dürfen folglich noch nicht wählen**. Doch sie fordern lautstark ein demokratisches Recht ein, das die älteren Generationen in Bedrängnis bringt. Nämlich Politik nicht nur für die Erwachsenen zu machen, sondern auch für die jüngeren und zukünftigen Generationen. Oder zumindest: ihre Lebensgrundlage nicht zu verspielen.

Möglicherweise erleben wir gegenwärtig im Zuge des Klimawandels einen demokratiehistorischen Wendepunkt: den Einbruch des Generationenproblems in die gegenwartsfixierte Politik.



**Demokratie
verteidigen
und verlieren**

Die Geschichte der Weimarer Republik beinhaltet alle Phasen der Demokratieentwicklung: Kampf, Etablierung, Gestaltung und Weiterentwicklung, aber auch: Verteidigung und Verlust. Sowohl ein Blick auf Aufbruch und Möglichkeiten wie auf das Scheitern ist möglich. Bestes Beispiel dafür ist das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, eine paramilitärische organisierte Schutztruppe für die Weimarer Demokratie. Letztlich konnten ihre Mitglieder den Aufstieg des Nationalsozialismus nicht verhindern und wurden während der NS-Zeit verfolgt. Doch 1953 gründete sich das Reichsbanner wieder – diesmal nicht als Kampfverband, sondern als „Bund aktiver Demokraten“.

Der demokratiegeschichtliche Blick auf Abwehrkampf und Verlust hält Beispiele unterschiedlicher Richtungen bereit: Der Kampf kann gelingen – Demokratien können aber auch untergehen.

In der deutschen Geschichte bieten sich vor allem folgende Zeitabschnitte für eine tiefere Betrachtung dieser Aspekte an:

- 1919–1933: Weimarer Republik
- 1949–1989: Bundesrepublik Deutschland
- 1989/90 bis heute: Bundesrepublik Deutschland nach Friedlicher Revolution und Wiedervereinigung

Der Blick auf das internationale Geschehen zeigt, dass Demokratie keine unaufhaltsame Veränderung im Sinne eines „Mehr und Besser“ ist. Die USA galt lange als Vorbild, wird aber seit 2016 nicht mehr als „vollständige Demokratie“, sondern als „unvollständige Demokratie“ eingestuft.³

Demokratiegeschichten sind auch Beispiele dafür, wie Demokratie zurückgedrängt oder abgeschafft wurde. Sie helfen, das Bewusstsein für Gefahren der Gegenwart zu schärfen. Dass auch unsere Demokratie nicht außerhalb der Gefahrenzone liegt, mussten wir im Sommer 2019 schmerzlich erfahren: Mit Walter Lübcke wurde ein Politiker ermordet, der offen und bestimmt für Toleranz und gegen antidemokratische Strömungen einstand.

Allerdings lassen sich Ereignisse von früher nicht einfach auf heute übertragen, sondern müssen in ihrem jeweiligen zeitlichen Kontext gesehen werden.

Zum Verlust von Demokratie gehört:

- Vertrauensverlust und Versagen der Institutionen des demokratischen Rechtsstaats
- Aushöhlung von Grundrechten und des Rechtsstaats, zum Teil durch Vertreter, die in demokratischen Wahlen die Regierungsgewalt übernommen haben
- Polarisierung der Gesellschaft im Sinne eines Freund-Feind-Denkens
- Gewalttaten und Morde aus demokratie- und menschenfeindlichen Motiven

Zur Verteidigung einer Demokratie gehört es, diese zu gestalten, zu leben und weiterzuentwickeln. Gelingt dies, sind die destruktiven Möglichkeiten von Republikgegnerinnen und -gegner zumindest eingeschränkt. Demokratinnen und Demokraten sind aber auch herausgefordert, sich mit denjenigen auseinanderzusetzen, die Demokratie und Menschenrechten feindlich gegenüberstehen. Diese Abwehrhaltung gegenüber Demokratiefeinden wird oft als „wehrhafte Demokratie“ bezeichnet. Polen, die Türkei und Ungarn sind Beispiele für Länder, in denen wichtige Elemente der Demokratie zurückgedrängt werden.

Zur Verteidigung der Demokratie gehört:

- Reaktionen auf demokratie- und menschenfeindliche Einstellungen sowie Handlungen von Staat und Zivilgesellschaft
- Reflexion darüber, welche Mittel im Kampf gegen Republikfeinde zulässig und welche es selbst bei gut gemeinten Absichten nicht mehr sind



Flaggenverbrennung durch Mitglieder der NSDAP in Bornhöved am 13. März 1933.

Quelle: Archiv Bornhöved (Lohmann)

Flaggenkampf in der Weimarer Republik

Von *Leonard J.* · 3. Juli 2019

Die junge Demokratie der Weimarer Republik war von ihrer Geburt bis zu ihrem Untergang ein Kampfplatz widerstreitender Gruppen und Ideologien. Besonders verbittert wurde um Symbole gestritten, so etwa um die Farben der Reichsflagge. Die demokratischen Kräfte assoziierten Schwarz-Rot-Gold mit dem republikanischen Aufbruch. Dementgegen sehnten sich die monarchistischen und völkischen Gruppierungen nach den Farben des alten deutschen Reichs zurück, nach Schwarz-Weiß-Rot.

Emotionsgeladener Symbolkampf

In dieser ideologischen Konfrontation waren die Emotionen geladen, eine rationale Diskussion war so gut wie unmöglich. Hatte man nicht gerade erst seine Gefallenen unter der schwarz-weiß-roten Flagge beerdigt? Sollte ihr Leiden

und Sterben umsonst gewesen sein? Durfte man jetzt wie Feiglinge die Flagge wechseln?

Andererseits: Hatte nicht all das, wofür die alte Reichsfahne stand, die Schrecken des Krieges erst hervorgebracht? Musste man nicht gerade jetzt den demokratischen Neuanfang wagen? Und die Rückbesinnung auf die demokratischen Farben Schwarz-Rot-Gold, die schon die Revolutionäre von 1848 gehisst hatten?

Reich versus Republik

Hier standen also Reich und Monarchie gegen Republik und Demokratie.

Nationalistische und völkische Gruppierungen jedweder Couleur marschierten mit den schwarz-weiß-roten Flaggen auf. Besonders die Kriegsmarine zeigte sich anfällig, daneben beherrschten diverse Freikorps und völkische Kameradschaften das Bild.

„Schwarz-Rot-Senf“ – so verunglimpften rechts-völkische und monarchistische Sympathisant*innen die Farben der deutschen Republik. Als Symbol der verhassten Republik wurde die Flagge zum Feindbild der Antidemokraten. Und damit auch diejenigen, die sie verteidigten.

Verteidigung der Demokratie

Im Vergleich zu der reaktionären Inbrunst der Rückwärtsgewandten wirkte die Positionierung der Demokraten zurückhaltend. Zwar trat man für Schwarz-Rot-Gold ein, vermochte aber häufig wesentlich weniger emotionale Energie aufzubringen. Der durchschnittliche Demokrat blieb in der Beziehung zu seinen eigenen demokratischen Symbolen nicht selten kühl und abgeklärt.

Eine beachtliche Ausnahme stellte das „**Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold**“ dar, ein politischer Wehrverband, der ab 1924 zum Schutz der Weimarer Demokratie antrat. Über die Jahre gewann er eine bedeutende Anzahl an Mitgliedern, die den Verächtern der Demokratie etwas entgegenzusetzen vermochten. Dabei stellten sie sich bewusst in die demokratische Tradition der Revolution von 1848.

Ihr mutiges Bekenntnis zur Demokratie und ihren Fahnen brachte die Reichsbanner-Mitglieder zunehmend in Gefahr. Die Gewalt auf den Straßen der Weimarer Republik eskalierte zusehends. Schon in den 1920er Jahren lieferten sie sich regelrechte Straßenschlachten, zum Beispiel mit Angehörigen der SA und

des Wehrverbands „Stahlhelm“. Der Flaggenkampf und die Verteidigung der Demokratie forderten so bereits vor der Machtübernahme der Nationalsozialisten **64 Tote**.

Die Symbole der Demokratie verteidigen!

Am Ende scheiterte der Kampf für die demokratischen Flaggenfarben. Schwarz-Rot-Gold wurde kurzfristig durch Schwarz-Weiß-Rot, dann endgültig durch das Hakenkreuz abgelöst. Zum 30. Januar 1933, dem Tag der Machtergreifung der Nationalsozialisten, brannten landesweit schwarz-rot-goldene Flaggen. (Flaggenverbrennen kennen wir übrigens auch aus neuerer Zeit: Türkische, israelische, amerikanische, europäische Flaggen – sie alle werden mit erschreckender Regelmäßigkeit angezündet.)



Zeitungsbericht zur Flaggenverbrennung in Bornhöved aus dem Segeberger Kreis- und Tagesblatt vom 14. März 1933.

Quelle: Archiv Bornhöved

Umso mehr, so ließe sich sagen, kann man aus den Jahren der ersten deutschen Republik lernen, wie wichtig es ist, die Symbole der Freiheit und Demokratie selbstbewusst zu verteidigen. Eine Lehre für die heutige Zeit könnte lauten: Man muss solche Symbole offensiv besetzen und sollte mit der emotionalen Bindung an sie nicht geizen. Die Feinde der Demokratie tun es mit ihren Symbolen schließlich auch nicht.

Einfach mal Flagge zeigen?

Andererseits: Ganz so einfach ist es mit dem Flaggezeigen dann doch nicht. Gerade weil Flaggen weiterhin hoch emotionale Symbole sind. Und besonders die schwarz-rot-goldene Flagge ist auch mit negativen Emotionen verbunden.

Da hilft es im veränderten Kontext von heute nicht, nur rational zu argumentieren, dass sie für Freiheit und Demokratie steht.

Schwarz-rot-goldene Flaggen sah man lange Zeit vornehmlich auf Neonazi-Aufmärschen. Oder in neuerer Zeit bei Pegida. **Auf Demonstrationen für eine offene Gesellschaft – beispielsweise #Unteilbar – sind sie nicht gerne gesehen.** Hier werden sie mitunter als Symbole für Ausgrenzung und überschwänglichen Patriotismus wahrgenommen. Gerade für linke Kreise war – und ist – Schwarz-Rot-Gold weiterhin ein rotes Tuch. **Da werden auch mal drastische Maßnahmen gegen Fahnenmeere wie bei der WM 2006 gezogen.**

Flagge zeigen, Farbe bekennen: Dazu gehören Mut und Vertrauen. Mut, Position zu zeigen sowie sich auf Diskussionen einzulassen. Außerdem Vertrauen in die eigenen Ideale und die, für die die Flagge steht. Allerdings verschieben sich mit den historischen Kontexten auch die Bedeutungen von Symbolen. So unschuldig wie in den 1920er Jahren wird die schwarz-rot-goldene Fahne nie mehr wehen können. Was am Ende zählt, ist der Mut der Demokrat*innen, die die Flagge hissen. Nicht die Flagge selbst.



Walther Rathenau.

Quelle: Bundesarchiv, Bild 183-L40010

„Dieser Feind steht rechts!“ – Die Ermordung von Walther Rathenau

Von *Annalena B.* · 23. Juni 2020

24. Juni 1922. Es ist Samstagmorgen und Walther Rathenau befindet sich auf dem Weg ins Auswärtige Amt. In einer langen Kurve auf der Königsallee in Berlin-Grünwald wird sein Wagen von einem anderen Auto überholt. Plötzlich fallen Schüsse, der Außenminister der Weimarer Republik sinkt getroffen zurück. Sein Fahrer und eine Fußgängerin eilen zu Hilfe, doch zu spät: Wenige Minuten später erliegt Rathenau seinen Verletzungen.

Morde an Politikern in der Weimarer Republik

Walther Rathenau war nicht das erste Opfer eines politisch motivierten Attentats in der Weimarer Republik. Vor ihm fielen bereits der bayrische Ministerpräsident Kurt Eisner und der Reichsfinanzminister Matthias Erzberger Anschlägen zum

Opfer. Der frühere Ministerpräsident und amtierende Kasseler Oberbürgermeister Philipp Scheidemann überlebte ein Attentat am 4. Juni 1922 nur knapp. Wenige Wochen später, am 3. Juli, überlebte der Journalist und Publizist Maximilian Harden ebenfalls einen weiteren Anschlag. Andere Morde, wie der am USPD-Politiker Karl Gareis, können dieser Mordserie nicht zweifelsfrei zugeordnet werden. Doch gilt die Verbindung als sehr wahrscheinlich.

Zwar stammten diese Männer aus unterschiedlichen politischen Lagern, doch etwas vereinte sie: Alle waren sie Anhänger und öffentliche Vertreter der Republik. Und damit wurden sie wiederholt zur Zielscheibe republikfeindlicher Hetze. Denn obwohl die Mehrheit die Demokratie unterstützte, versuchten ihre Gegner, an die Macht zu gelangen. So geschehen beispielsweise im März 1920 während des **Lüttwitz-Kapp-Putsches**, an dem die Marine-Brigade Ehrhardt, ein Freikorps unter der Führung des Korvettenkapitäns Hermann Ehrhardt, einen wesentlichen Anteil hatte.

Walther Rathenau und die Organisation Consul

Für die oben genannten Attentate waren Mitglieder der „Organisation Consul“ (O. C.) zuständig. Nach dem Scheitern des Lüttwitz-Kapp-Putsches im März 1920 hatte der Kommandeur der Marine-Brigade Ehrhardt Soldaten aus der Brigade für die neue Organisation rekrutiert. Genau wie die Brigade zuvor bestand die O. C. aus demokratiefeindlichen ehemaligen Frontsoldaten. Ihre Ziele waren die Destabilisierung der Republik, die Errichtung einer Militärdiktatur und die Revision des Versailler Vertrages. Zudem waren viele ihrer Mitglieder antisemitisch und nationalistisch eingestellt.

Walther Rathenau stand für alles, was die Mitglieder der Organisation hassten. Er war Jude, setzte sich als Außenminister für die internationale Verständigung sowie die Erfüllung des Versailler Vertrages ein. Dass er diese sogenannte „Erfüllungspolitik“ betrieb, um die Unmöglichkeit der Vertragserfüllung zu zeigen, spielte für seine Gegner keine Rolle. Immer wieder sah sich Rathenau antisemitischen und verleumderischen Hetzkampagnen in der Presse und durch politische Gegner ausgesetzt.

Reaktionen auf das Attentat

Eben jene machte Reichskanzler Joseph Wirth in seiner Trauerrede am Tag nach dem Attentat verantwortlich. Bewusst wandte er sich an die DNVP

(Deutschnationale Volkspartei), als er zum Ende seiner Rede kam:

*„Da steht der Feind, der sein Gift in die Wunden eines Volkes träufelt.
Da steht der Feind, und darüber ist kein Zweifel: Dieser Feind steht rechts!“*

Am selben Tag fanden in den größeren Städten Demonstrationen statt. Allein in Berlin protestierten über 400.000 Menschen gegen das Attentat und demonstrierten für die Weimarer Republik. So wurde Rathenau zunehmend von der Arbeiterschaft verehrt und sein Todestag, der der 24. Juni, ein Tag des öffentlichen Gedenkens.

Rathenaus Ermordung war außerdem Anlass für die Regierung, noch am selben Tag zwei Verordnungen zum Schutz der Republik zu erlassen. Darin wurden unter anderem Organisationen verboten, die sich die Zerstörung der Republik zum Ziel gesetzt hatten. Sie konnten fortan aufgelöst werden, dazu zählte auch die Organisation Consul.



Tony Sender.

Quelle: Reichstage-Handbuch von 1930

Ein Leben für Freiheit und Gerechtigkeit – die Widerstandskämpferin Tony Sender

Von *Katharina K.* · 26. Juni 2019

An eine besondere und vielseitige Frau möchte ich heute, am 26. Juni 2019, erinnern: an die Widerstandskämpferin Tony Sender (1888-1964). Sie war sowohl Sozialdemokratin und Reichstagsabgeordnete als auch Gewerkschafterin, Journalistin und Menschenrechtlerin – und darüber hinaus „Rebellin, Demokratin, Weltbürgerin“. Unter diesem Titel widmete ihr das Historische Museum in Frankfurt am Main 1992 eine Ausstellung. In der Weimarer Republik setzte sich Tony Sender vehement für die Verteidigung der Demokratie ein. Gegen den Nationalsozialismus kämpfte sie – bereits 1933 zur Flucht gezwungen – vor allem aus dem Exil heraus. Sie kehrte nach dem Zweiten Weltkrieg nicht nach Deutschland zurück, sondern blieb in den USA. Dort war sie für die Vereinten Nationen tätig und wirkte an der **Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte** mit.

Doch beginnen wir von vorn:

Sidonie Zippora Sender, so ihr bürgerlicher Name, wurde am 29. November 1888 in Biebrich am Rhein geboren. Sie wuchs in einem gut situierten, konservativen, orthodox jüdischen Elternhaus auf. Ihre Eltern legten viel Wert auf Ordnung und Gehorsam – was bei ihrer rebellischen Tochter auf wenig Gegenliebe stieß. Von Kindheit an lehnte sich Tony Sender gegen die Strenge ihrer Eltern auf und strebte nach Unabhängigkeit und der freien Entfaltung ihrer Persönlichkeit. Ihr Fleiß und ihr Wissensdurst sorgten dafür, dass sie die Höhere Töchterschule in Biebrich als Klassenbeste absolvierte. Im Alter von 13 Jahren verließ sie ihr Elternhaus und zog nach Frankfurt am Main, um dort zwei Jahre lang die Handelsschule für Mädchen zu besuchen.

„Es war mein geheimer Wunsch, das Elternhaus zu verlassen, in eine andere Stadt zu ziehen, allein zu leben, frei und unabhängig zu sein und mein Leben selbst in die Hand zu nehmen.“

In den darauffolgenden Jahren besuchte die vielseitig interessierte junge Frau Abendkurse und Vorträge zu Religion, Philosophie und Geschichte. 1910 trat sie in die SPD ein. Zu Beginn des Ersten Weltkrieges engagierte sie sich in der Antikriegsbewegung und war sodann auch Mitbegründerin der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (USPD).

Nach dem Ersten Weltkrieg arbeitete sie hauptberuflich als Journalistin für die regionale Frankfurter Tageszeitung „Volksrecht“. Ab 1920 saß sie zuerst für die USPD, ab 1922 dann für die SPD im Reichstag (bis 1933). Somit gehörte sie zu den weiblichen Reichstagsabgeordneten in der Weimarer Republik. Zu ihren zentralen politischen Themen zählten Frieden, Freiheit und soziale Gerechtigkeit. Darüber hinaus war sie bewandert in Fragen der Wirtschafts- und Außenpolitik.

Positionierung gegen den Nationalsozialismus

Tony Sender gehörte zu jenen, die in der Weimarer Republik deutlich Stellung gegen die NSDAP bezogen. Früh warnte sie vor den Gefahren des Nationalsozialismus für die Demokratie. Mit der klaren und scharfen Rhetorik in ihren politischen Reden und Artikeln war sie den Nationalsozialisten ein Dorn im Auge. So sehr, dass Joseph Goebbels forderte, man solle ihr einen Maulkorb verpassen.

Während der Wahlkämpfe zu den Reichstagswahlen im Juli und November 1932 wurde sie wiederholt von Nationalsozialisten bedroht und in ihrer politischen Arbeit gestört: Nicht nur, dass diese während Tony Senders Wahlkampfreden gröhlten und randalierten. Sie schlitzen auch ihre Autoreifen auf und tätigten nächtliche Drohanrufe an ihre private Telefonnummer.

Nach Hitlers Ernennung zum Reichskanzler war Tony Sender wegen ihres Engagements für die Weimarer Demokratie folglich besonders gefährdet. Als Jüdin und Sozialdemokratin angefeindet, floh sie nach Morddrohungen am 5. März 1933 in die Tschechoslowakei – nur mit dem, was sie am Leib trug.

„Was war unser Verbrechen? Die Freiheit zu sehr geliebt zu haben. Aber wie hätte ich anders gekonnt? War nicht mein ganzes Leben ein Kampf um mehr Freiheit gewesen – um gesellschaftliche Bedingungen, unter denen jedes Individuum die Bedürfnisse empfinden und befriedigen kann, die uns erst zum Menschen machen?“

Widerstand aus dem Exil

Vor allem mit der Kraft des Wortes – als Journalistin und Vortragsrednerin – leistete sie fortan Widerstand im Exil. Erst von der Tschechoslowakei aus, später aus Belgien und den USA. Als Vorstandsmitglied der 1941 in den USA gegründeten sozialistisch-demokratischen Emigrantengruppe Association of Free Germans war Tony Sender im Oktober 1942 Mitunterzeichnerin eines Papiers mit dem Titel „Für das Freie Deutschland von Morgen“. Es beinhaltete grundlegende Überlegungen zur Neugestaltung Deutschlands nach der NS-Gewaltherrschaft. Formulierte Ziele waren unter anderem die Errichtung einer demokratischen Republik, die Wiederherstellung der Freiheitsrechte und der Rechtsstaatlichkeit sowie die Rückkehr zur internationalen Gemeinschaft.

Tätigkeit für die Vereinten Nationen

Betrachtet man Tony Senders Streben nach Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit, so wundert es nicht, dass sie nach dem Zweiten Weltkrieg als Vertreterin verschiedener Gewerkschaften beim Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen tätig war.

1947 nahm sie mit der Menschenrechtsaktivistin und ehemaligen First Lady der USA Eleanor Roosevelt an der Sitzung der UN-Menschenrechtskommission in

Genf teil. Dabei wirkte sie an der Formulierung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte mit.

„Wir haben dem Rat den Entwurf eines internationalen Menschenrechtsgesetzes übergeben, dessen Basis [...] die vier Freiheiten sein würden, die der vorherige Präsident F. D. Roosevelt proklamiert hat: Pressefreiheit, Religionsfreiheit, Freiheit von Angst und Freiheit von Not. Unser Vertreter hat zudem die Durchsetzung der Menschenrechte nach einer weltweit gültigen Werteskala angeregt [...].“

Erinnerung an Tony Sender

Warum es mir heute wichtig ist, an diese eindrucksvolle Persönlichkeit zu erinnern? Weil Tony Sender am 26. Juni 1964 in New York starb. Heute ist ihr 55. Todestag. Ich denke, dies ist ein passender Anlass, ihrer zu gedenken.

Die „Frankfurter Neue Presse“ verfasste im Juli 1964 einen bemerkenswerten Nachruf auf sie, den ich gern zitiere:

„Sie war eine blendende Rednerin, die unerschrocken sowohl gegen die Nationalsozialisten wie gegen die Kommunisten Stellung nahm. Sie war Republikanerin von Kopf bis zu Fuß und so populär, daß sie bei den Wahlen am 5. März 1933 gleichzeitig von zwei Wahlkreisen (Frankfurt und Dresden) als Kandidatin aufgestellt wurde. [...] Sie war nicht nur eine unermüdliche Kämpferin für die Begriffe der Demokratie, sondern auch ein sehr warmherziger Mensch, der durch seine Hilfsbereitschaft Tausenden geholfen hat.“

Enden möchte ich mit einem mahnenden Zitat von Tony Sender. Es sind Worte, die sie im Jahr 1936 im Exil in den USA sagte:

„Und wenn Sie fragen, wie ein kultiviertes Volk wie das deutsche solch ein Regime akzeptieren kann, antworte ich, dasselbe kann auch hier passieren, wenn die Menschen des Denkens müde werden.“

Warum erscheint uns diese Mahnung nur so bedrückend aktuell? Wir sollten sie uns zu Herzen nehmen.



Ernst Reuter, 1951.

Quelle: Henry Ries/USAF

Ernst Reuter: „Schaut auf diese Stadt!“

Von *Annalena B.* · 9. September 2019

Berlin: Einige bekannte Aussprüche sind hier gefallen, die ein oder andere berühmte Rede gehalten worden. Wegen ihres Status als geteilte Stadt stand sie in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts wiederholt im Zentrum der Weltöffentlichkeit. „Ich bin ein Berliner“, „Tear down this wall“: Zweifellos bedeutsame Sätze, die auf der Weltbühne Berlin fielen.

Doch nicht amerikanische Präsidenten, sondern Ernst Reuter, der Oberbürgermeister West-Berlins, legt kurz nach Kriegsende den Status der Stadt für die Zukunft fest. Am 9. September 1948, vor den Trümmern des Reichstagsgebäudes, hält er seine wohl berühmteste Rede:

*Ihr Völker der Welt, ihr Völker in Amerika, in England, in Frankreich, in Italien!
Schaut auf diese Stadt und erkennt, dass ihr diese Stadt und dieses Volk nicht
preisgeben dürft und nicht preisgeben könnt!*

Ernst Reuter in seiner Rede am 9. September 1948 vor dem Reichstagsgebäude

„Ihr Völker der Welt“ – getragen und mit viel Pathos wendet sich Ernst Reuter an seine Zuhörerschaft. Und das sind an diesem Tag nicht nur die über 300.000 Menschen, die sich vor dem Reichstag versammeln. Das sind tatsächlich auch – vor allem – die westlichen Alliierten. Denn die erfüllten in Berlin 1948 neben ihrem Status als Besatzungsmächte eine besondere Rolle. Seit dem 26. Juni waren sie für die Durchführung der Luftbrücke zuständig.

Warum die Luftbrücke?



Eine C-54 landet am Flughafen Berlin-Tempelhof.

Quelle: Henry Ries/USAF

Die Luftbrücke war notwendig, da sowjetische Truppen die Versorgungswege nach West-Berlin blockierten. Dies wiederum war eine Reaktion auf die zunächst in Westdeutschland und dann in West-Berlin durchgeführte Währungsreform, mit der die deutsche Wirtschaft stabilisiert werden sollte. Da die Sowjetunion

die Reform ablehnte, fanden Planung und Umsetzung nur in der Trizone statt. Das sah die sowjetische Kommandantur als Verletzung der Potsdamer Konferenzbeschlüsse an, die die politische und wirtschaftliche Einheit Deutschlands festlegten. Am 24. Juni 1948 schnitt sie West-Berlin von der Außenwelt ab.

Zwar begannen die westlichen Alliierten fast umgehend mit der Versorgung der Stadt aus der Luft. Bereits im April hatten Briten und Amerikaner auf diese Weise über die „kleine Luftbrücke“ eine abgeschnittene Garnison versorgt. Doch diese dauerte nur zwei Tage an, danach waren die Straßen wieder frei. Die Versorgung einer Großstadt über mehrere Monate stellte einen enormen Organisationsaufwand dar:

322 Tage lang versorgten amerikanische und britische Flugzeuge die West-Berliner Bevölkerung aus der Luft. Circa 2,2 Millionen Menschen lebten in den Westsektoren Berlins. Für sie alle mussten Lebensmittel, Medikamente, Kohle, Heizöl und vieles mehr eingeflogen werden. Über 2.000 Tonnen Luftfracht brachten die Flugzeuge jeden Tag nach Berlin.

Trotz des enormen Aufwands, den die Westalliierten leisteten, gingen die meisten Berliner*innen davon aus, vor dem Winter kapitulieren zu müssen. Zu groß erschienen der Aufwand und die Mengen, die für das Leben in der abgeschnittenen Millionenstadt nötig waren. In dieser Situation, wenige Wochen nach Blockadebeginn, ergriff Ernst Reuter das Wort.

Reuters Rolle im geteilten Berlin

Reuter als West-Berlins Fels in der Brandung? Ganz so einfach war es für ihn nun nicht, was sich unter anderem an seiner Position in der Nachkriegszeit zeigt. Eigentlich war der Sozialdemokrat 1947 von der Stadtverordnetenversammlung zum Oberbürgermeister Berlins gewählt worden. Doch die sowjetische Kommandantur legte ihr Veto ein. Statt Reuter führte Louise Schroeder die Geschäfte als Oberbürgermeisterin kommissarisch weiter.

Warum das Veto? Ernst Reuter war erklärter Antikommunist, aus Erfahrung. Während des Ersten Weltkriegs war er in russische Kriegsgefangenschaft geraten, lernte bald Sprache, Land, Leute und das kommunistische System unter Wladimir Iljitsch Lenin kennen. Er unterstützte ihn und dessen Regierung. Lenin ernannte ihn 1917 sogar zum Volkskommissar für die Wolgadeutschen.

Als Ernst Reuter 1918 von der Novemberrevolution in Deutschland hörte, kehrte er nach Hause zurück, um mehr Mitglieder für die Kommunistische Partei zu werben. 1921 wählten ihn die Delegierten der Partei sogar zum Generalsekretär. Schon ein Jahr später wurde er allerdings aufgrund parteiinterner Streitigkeiten um die **Märzaktion** aus der KPD ausgeschlossen. Daraufhin trat er (erneut) der SPD bei. Mit dem radikalen Kommunismus schloss er endgültig ab.

Auch gegen den Nationalsozialismus positionierte er sich deutlich. Bis 1933 war Reuter unter anderem als sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter und Oberbürgermeister Magdeburgs tätig. Dann folgten zwei Verhaftungen und Inhaftierungen im KZ Lichtenberg durch die Nationalsozialisten. Mit Glück konnten ihn englische Freunde aus der Haft befreien, daraufhin ging er 1935 von Großbritannien aus ins Exil in die Türkei. 1946 kehrte er nach Berlin zurück.

Zurück ins Jahr 1948. Zwar agiert Reuter offiziell nicht als Oberbürgermeister von Berlin. Doch er tritt weiter als Redner auf und erfreut sich ungemeiner Beliebtheit, durch ihn erreicht die SPD Höchstwerte bei den Wähler*innen. Und immer wieder betont Reuter eines: Berlin müsse von den Westmächten gehalten werden. Andernfalls wäre einer weiteren Ausbreitung des Kommunismus sowjetischer Prägung nichts mehr entgegenzusetzen. Durch diese klaren und selbstbewussten Aussagen wird Reuter bald auch ein gefragter Ansprech- und Gesprächspartner für die Westmächte.

Rede am 9. September 1948

Und dann dieser Satz:

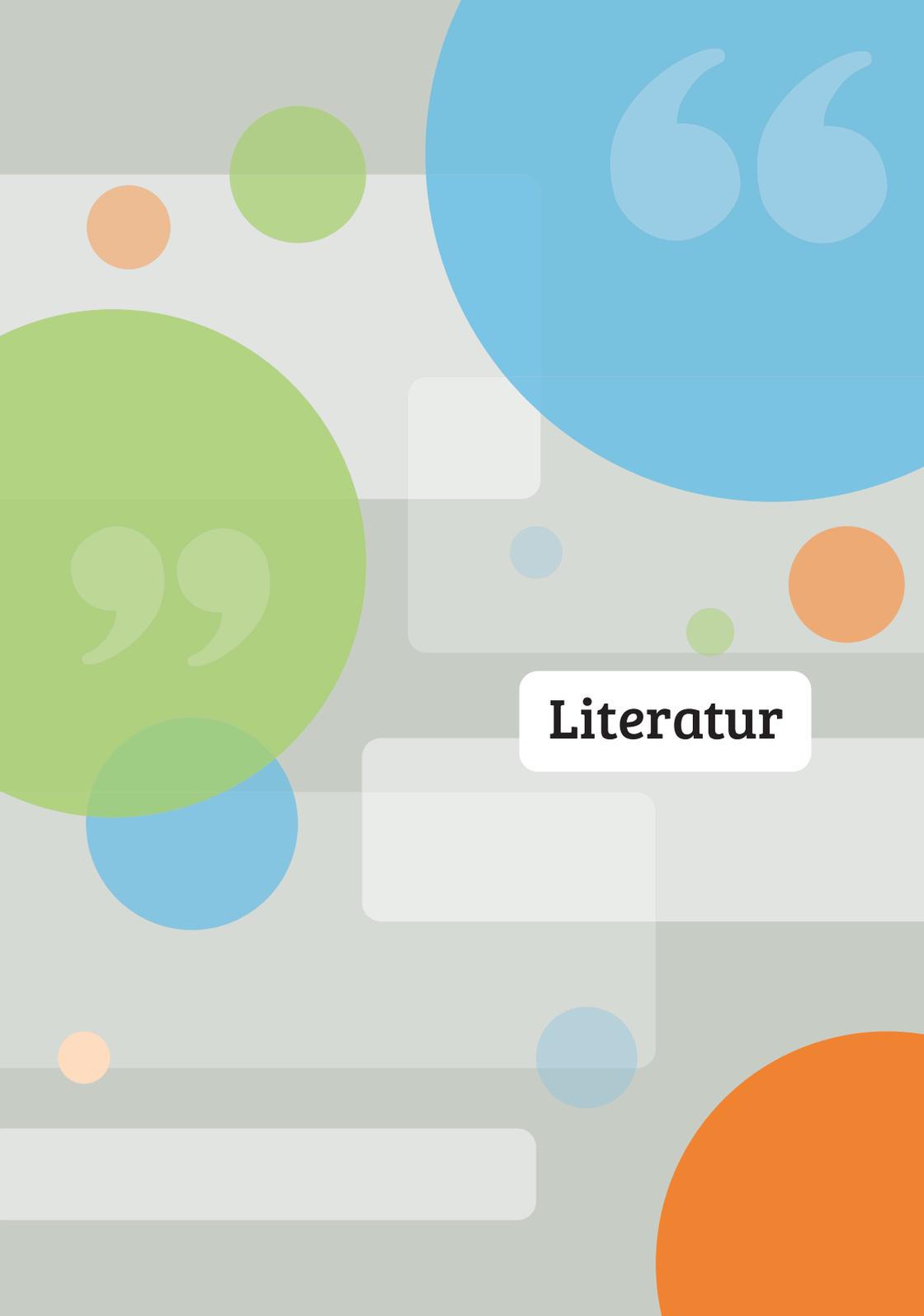
„Schaut auf diese Stadt und erkennt, dass ihr diese Stadt und dieses Volk nicht preisgeben dürft und nicht preisgeben könnt!“

Mit Ernst Reuter steht am 9. September 1948 kein Mensch vor dem Reichstag, der kurz vor der Kapitulation ist. Sondern einer, der sich der politisch brisanten Lage vollauf bewusst ist und dennoch unglaubliches Selbstbewusstsein ausstrahlt.

Was er den Alliierten zuruft, hätte auch anders lauten können. Er aber sagt: Ihr könnt uns nicht im Stich lassen. Dazu sind wir zu wichtig. Denn wenn Berlin als „Vorposten der Freiheit“ preisgegeben wird, dann ist letztendlich kein freies Land, dann seid auch ihr nicht mehr sicher.

Eine klare Ansage, die von Berlin um die Welt geht. Einerseits setzt Reuter die Alliierten damit unter Druck, andererseits bewegt er die Berliner*innen zum Durchhalten. Mit Erfolg: Am 12. Mai 1949 wurde die totale Blockade der Verkehrswege aufgehoben. Bis zum 30. September flogen noch Flugzeuge, dann endete auch die Luftbrücke. Die Verhältnisse in Berlin waren wieder normalisiert beziehungsweise auf dem Stand wie vor der Blockade.

Und Ernst Reuter? Der wurde im Dezember 1948 doch noch zum Oberbürgermeister ernannt. Bis zu seinem Tod 1953 war er Regierender Bürgermeister von West-Berlin. Noch heute erinnern zahlreiche Straßennamen und Plätze an ihn. Hoffen wir, dass er und seine Rede nicht so bald vergessen werden.



Literatur



Demokratie erkämpfen

1 Vgl. Steven Pinker: Aufklärung jetzt. Für Vernunft, Wissenschaft, Humanismus und Fortschritt. Eine Verteidigung. Frankfurt am Main 2018, S. 262.

2 Vgl. dazu Artikel „Freiheitlich demokratische Grundordnung“, in: Eckart Thurich, pocket politik. Demokratie in Deutschland. Überarb. Neuauf. Bonn 2011, <https://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/pocket-politik/16414/freiheitliche-demokratische-grundordnung>.

● **Der Hessische Landbote:**

„Sommers Weltliteratur to go“

<https://www.youtube.com/watch?v=kqwLJOLq1Uw>

„Friedrich Ludwig Weidig“

<http://buechnerportal.de/aufsaeetze/friedrich-ludwig-weidig/>

„Georg Büchner“

<http://buechnerportal.de/>

„Literaturpreis“

<https://www.literaturpreisgewinner.de/belletristik/georg-buechner-preis>

„Hessischen Landboten“

<https://www.projekt-gutenberg.org/buechner/landbote/landbote.html>

„die bei weitem gefährlichste und strafbarste“

<https://www.geo.de/magazine/geoepoche/6355-rtkl-die-deutsche-romantik-friede-den-huetten-krieg-den-palaesten>

„Hambacher Schloss“

<https://www.demokratiegeschichten.de/das-hambacher-schloss-virtuell/>

● **Hedwig Dohm – eine Vorkämpferin der Demokratie:**

„Frauenwahlrecht“

<https://www.demokratiegeschichten.de/heraus-mit-dem-frauenwahlrecht/>

● **22. Februar 1840: Geburtstag von August Bebel**

„August-Bebel-Institut-in-Berlin“

<http://august-bebel-institut.de/>

● **Ist der 17. Juni 1953 männlich?**

„Männern und Frauen und Mädchen“

<https://www.bpb.de/geschichte/deutsche-geschichte/der-aufstand-des-17-juni-1953/152600/der-17-juni-in-berlin>

Demokratie etablieren

● **Baden First**

„Weimarer Republik“

<https://www.demokratiegeschichten.de/100-jahre-weimarer-republik-eine-deutschlandkarte/>

„Novemberrevolution“

<https://www.demokratiegeschichten.de/von-matrosen-keksen-und-demokratie/>

„Stimmzettel“

https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Stimmzettel_Volksabstimmung_1919.png

„YouTube-Video“

https://www.youtube.com/embed/F26_iInskE?rel=0

„Des Volkes Stimme. 200 Jahre – ein Kalender zur Partizipation im Südwesten“

<https://www.desvolkes-stimme.de/>

● **Marie Juchacz über die Selbstverständlichkeit**

„Wahlrecht“

<https://www.demokratiegeschichten.de/heraus-mit-dem-frauenwahlrecht/>

„Elisabeth“

https://de.wikipedia.org/wiki/Elisabeth_R%C3%B6hl

● **Mit Orgel und Volkslied zum Grundgesetz**

„Aula der pädagogischen Akademie“

[https://de.wikipedia.org/wiki/Bundeshaus_\(Bonn\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Bundeshaus_(Bonn))

„Ich hab mich ergeben“

https://de.wikipedia.org/wiki/Ich_hab_mich_ergeben

„Deutschlandlied“

https://de.wikipedia.org/wiki/Das_Lied_der_Deutschen

● **18. März 1990: Erste freie Wahlen in der DDR**

„ARD Tagesschau vom 18. März 1990“

<https://www.tagesschau.de/multimedia/video/video671872.html>

„Die Benutzung einer Wahlkabine galt schon als auffällig, wurde möglicherweise notiert und konnte negative Folgen haben.“

<https://www.demokratiegeschichten.de/ich-darf-aussuchendreier-generationen-frauenwahlrecht-in-einer-familie/>

● **Kinderkonferenz: Demokratie in Kinderschulen**

„Ellen Kelly“

<https://www.dhm.de/lemo/biografie/ellen-key>

„Janusz Korczak“

<https://www.demokratiegeschichten.de/demokratie-und-kindheit/>

„Alexander Sutherland Neill“

<http://www.kinderpolitik.de/kinderrechte/wegbereiter-innen/20-kinderrechte/wegbereiterinnen-und-wegbereiter/60-alexander-sutherlandneillhttps://www.kinderrechte.de/kinderrechte/un-kinderrechtskonvention-im-wortlaut>

- **Uta Leichsenring – Demokratie in Ostdeutschland nach 1989 etablieren**

<https://www.berliner-zeitung.de/die-buergerrechtlerin-uta-leichsenring-ist-chefin-von-800-ehemaligen-volkspolizisten-im-brandenburgischen-eberswalde-portraet-der-woche-uta-leichsenring-frau-polizeipraesidentin-fehlt-der-corpsgeist-li.75>

<http://landschaften.djb-ev.de/node/7>

<https://www.tagesspiegel.de/themen/brandenburg/uta-leichsenring-neue-aufgabe-fuer-die-polizeipraesidentin/254608.html>

4. Demokratie gestalten, leben und weiterentwickeln

- **Wissen muss, soll es sich mehren, teilbar sein**

„Informationsgesellschaft“

<https://de.wikipedia.org/wiki/Informationsgesellschaft>

„#letmelibrarianthatforyou“

<https://www.instagram.com/explore/tags/letmelibrarianthatforyou/>

„Why do 18th century English paintings have so many squirrels in them, and how did they tame them so that they wouldn't bite the painter?“

https://www.instagram.com/p/5pvc_ZzViB/

„[Question:] ,What is the natural enemy of a duck?“ [Librarian:] ,What do you mean?“

[Reply:] ,Well, a whole flight of them landed in my pool and I have waved a broom at them but all they do is look at me and quack. I thought I could introduce the natural enemy into the pool area.“

<https://www.instagram.com/p/zcqeHLTVto/>

„Vier Grundfunktionen“

<https://b-u-b.de/chancengleichheit-zur-rolle-bibliothek-in-gesellschaft/>

„Eduard Rosenthal“

https://www.eduardrosenthal.de/de/leben_und_wirken/der_rechtswissenschaftler/881099

„Bücherhallen-Bewegung“

<https://de.wikipedia.org/wiki/B%C3%BCcherhallenbewegung>

„Constantin Nörrenberg“

<https://www.deutsche-biographie.de/sfz72266.html>

„Ernst Abbe“

<https://www.zeiss.de/corporate/ueber-zeiss/geschichte/ernst-abbe.html#wissenschaftler>

„Siegerentwurf“

https://www.eduard-rosenthal.de/de/dezentrales_denkmal/804225

„Horst Heisel und Andreas Knitz“

https://www.eduard-rosenthal.de/de/dezentrales_denkmal/804225

● **Mächtig was los. Lore Maria Peschel-Gutzeit**

„Selbstverständlich gleichberechtigt“

<https://www.hoffmann-und-campe.de/buchinfo/selbstverstaendlich-gleich-berechtigt-buch-2638/>

„Gesetz³ 92 des Bundesbeamtengesetzes“

<https://dejure.org/gesetze/BBG/92.html>

„Deutschen Juristinnenbundes“

https://de.wikipedia.org/wiki/Deutscher_Juristinnenbund

„Justizsenatorin in Hamburg“

https://de.wikipedia.org/wiki/Liste_der_Justizsenatoren_von_Hamburg

„Interview Lore Maria Peschel-Gutzeit, SWR2, 9.2.2019“

<https://www.swr.de/swr2/leben-undgesellschaft/broadcastcontrib-swr-26510.html>

„Pilotin Elly Beinhorn“

https://de.wikipedia.org/wiki/Elly_Beinhorn

„Automobilpionierin Bertha Benz“

<https://media.daimler.com/marsMediaSite/de/instance/ko/Bertha-Benz--die-Frau-hinter-der-automobilen-Revolution.xhtml?oid=9361402>

„So was macht man mit einem Mann nicht“, ein ausführliches Interview mit Lore Maria Peschel-Gutzeit in der Deutschlandfunk-Sendereihe Zeitzeugen im Gespräch vom 27. Februar 2020.

https://www.deutschlandfunk.de/ehemalige-justizsenatorin-peschel-gutzeit-so-was-machtman.1295.de.html?dram:article_id=471240

● **Notstandsgesetze und APO**

<https://www.isioma.net/sds120730.html>

„Ermächtigungsgesetz“

<https://www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/156904/80-jahre-ermaechtigungs-gesetz-22-03-2013>

● **Der junge Kampf fürs Klima**

„Dürfen folglich noch nicht wählen“

<https://www.demokratiegeschichten.de/wahl-der-ultimative-gleichmacher/>

„Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“

<https://www.demokratiegeschichten.de/auf-der-suche-nachder-wehrhaften-demokratie/>

„Tote“

<https://reichsbanner.de/reichsbanner-geschichte/kampf-um-die-republik/todesopfer/>

„Auf Demonstrationen für eine offene Gesellschaft – beispielsweise #Unteilbar – sind sie nicht gerne gesehen“

<https://www.spiegel.de/consent-a-?targetUrl=https%3A%2F%2Fwww.spiegel.de%2Fpolitik%2Fdeutschland%2Funteilbardemonstration-in-berlin-ist-schwarz-rot-gold-okay-a-1233621.html>

„Auf Demonstrationen für eine offene Gesellschaft – beispielsweise #Unteilbar – sind sie nicht gerne gesehen“

<http://de.indymedia.org/2006/07/151899.shtml>

Demokratie verteidigen und verlieren

3 Democracy-Index 2016: <http://dagobah.com.br/wp-content/uploads/2017/01/Democracy-Index-2016-EIU.pdf>

- **„Dieser Feind steht rechts!“ – Die Ermordung von Walther Rathenau**

„Kurt Eisner“

<https://www.demokratiegeschichten.de/eine-kurze-episode-deutscherdemokratie-kurt-eisner-und-die-muenchener-raeterepublik/>

„Matthias Erzberger“

<https://www.demokratiegeschichten.de/erschossen-im-schwarzwald/>

„Lüttwitz-Kapp-Putsches“

<https://www.demokratiegeschichten.de/angriff-auf-die-demokratie-der-luettwitz-kapp-putsch/>

- **Ein Leben für die Gerechtigkeit – Die Widerstandskämpferin Tony Sender**

„Allgemeine Erklärung der Menschenrechte“

<https://www.demokratiegeschichten.de/70-jahre-un-menschenrechtscharta-meilenstein-der-menschheit-und-der-demokratie/>

- **Ernst Reuter: „Schaut auf diese Stadt!“**

„Rede“

<https://www.berlin.de/berlin-im-ueberblick/geschichte/artikel.453082.php>

„Märzaktion“

<https://www.dhm.de/lemo/kapitel/weimarerrepublik/innenpolitik/maerzkaempfe-1921.html>



Autor*innen

Annalena B. heißt Annalena Baasch und arbeitet bei Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. als Projektkoordinatorin im Bereich Demokratiegeschichte. Wer selber mal eine Demokratiegeschichte erzählen möchte, meldet sich am besten bei ihr.

Andrea Bahr ist Historikerin und Referentin für historisch-politische Bildung beim Berliner Beauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur.

Larissa B. heißt Larissa Bothe und arbeitet bei Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

Leonard J. studiert Geschichtswissenschaften im Master an der Humboldt Universität und war bis 2019 studentischer Mitarbeiter in der Berliner Geschäftsstelle von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

Katharina Klasen ist Mitglied bei Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

Katja M. studierte Information Science an der HU und kümmerte sich bis 2019 als studentische Hilfskraft um die Mediendatenbank von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

Michèle Matetschk ist Historikerin und studentische Mitarbeiterin in der historisch-politischen Bildung des Berliner Beauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur.

Dennis R. heißt eigentlich Dennis Riffel und leitet den Fachbereich „Geschichte und Erinnerung“ bei Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

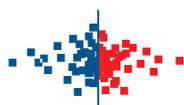
Henri R. ist Masterstudent der Public History an der Freien Universität Berlin und studentischer Mitarbeiter in der Berliner Geschäftsstelle von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

SEITEN:BLICK heißt Ruth Wunnike und arbeitet bei Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. Der Begriff SEITEN:BLICK steht für die Blicke, die wir links, rechts und hinter „die Dinge“ werfen wollen.



Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. verbindet seit 1993 historische Erinnerungsarbeit mit dem konkreten Einsatz für die Demokratie. Themen von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. sind die Auseinandersetzung mit den nationalsozialistischen Verbrechen, dem Unrecht des SED-Regimes und verschiedenen Formen des politischen Extremismus. Der Verein wirbt für gesellschaftliches Engagement und politische Teilhabe. Mehr als 2.000 Mitglieder in 41 regionalen Arbeitsgruppen stellen jährlich über 600 Veranstaltungen auf die Beine.

Mehr Demokratiegeschichten findet ihr unter
www.demokratiegeschichten.de



Gegen Vergessen
Für Demokratie e.V.